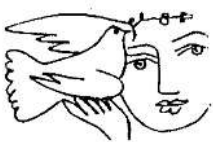


Widerstand gegen Kriegspolitik erfordert gesellschaftliche Breite

Demo in Stuttgart am 3.10.2025 – Fotos: Peter Wahl



- Palästinenser: Leben in den Trümmern von Gaza
- Wirtschaftliche Folgen der deutschen Hochrüstung
- Warnungen vor Eskalation mit Russland
- Redebeiträge zu Friedensdemos am 3.10.25
- Gewerkschaftliche Friedensgruppen und Aktivitäten
- Buchbesprechung: Kognitive Kriegsführung und 500 Jahre Geopolitik



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Nov. – Dez. /Nr. 6

Editorial

Inhalt

Leben in den Trümmern von Gaza	3
Wirtschaftliche Folgen der Hochrüstung	6
Fact Sheet Deutsche Hochrüstung	8
Warnungen vor Eskalation mit Russland	9
Pariser Kongress: „Keinen Cent, keine Waffe, kein Leben für den Krieg“	12
Redebeiträge am 3.10.2025	14
Gewerkschaftliche Friedensgruppen- und Aktivitäten – Eine Übersicht	16
Buchbesprechung: Reiner Mausfeld	18
Termine: IMI-Kongress / KoPI-Konferenz	20

Alle Fußnoten in den Beiträgen, sowie Autoren- und Quellenverweise finden sich in der Web-Fassung dieser Ausgabe unter <https://frieden-und-zukunft.de/fj-archiv/>

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 2.11.25

Impressum

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Annette Groth, Joachim Guilliard, Lühr Henken,
Werner Ruf, Ewald Ziegler, Karl-Heinz Peil
(V.i.S.d.P.)

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main
e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de

Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90

Internetausgabe:

auf www.frieden-und-zukunft.de
mit digitalem Archiv ab 2010.
ISSN 2193-9233d

Liebe Leserinnen und Leser,

hinter uns liegen aktionsreiche Wochen. Insbesondere die Palästina-Demos im September und die parallelen Friedensdemos am 3. Oktober in Berlin und Stuttgart haben eine wiedererlangte Stärke der Friedensbewegung gezeigt, die optimistisch stimmen kann. Allerdings bleibt der Umfang der Proteste natürlich weit hinter dem zurück, was bei der derzeitigen Zuspitzung notwendig wäre.

Der größte Erfolg dieser Aktionen liegt sicherlich darin, dass eine gesellschaftliche Breite erreicht wurde, die bei der vorausgegangenen Friedensdemo am 3. Oktober 2024 so noch nicht der Fall war. Damit drängen sich natürlich auch Fragen zur künftigen Struktur und den inhaltlichen Schwerpunkten der Friedensbewegung auf. Dies muss an der direkten Betroffenheit durch die Kriegspolitik ansetzen, die immer größere Bevölkerungsteile umfasst. Mehrere gesellschaftliche Gruppen sind hier zu nennen:

Die Gewerkschaften spielen nach wie vor eine zentrale Rolle. Dieses gilt trotz der problematischen Zurückhaltung der Gewerkschaftsspitzen, die durch das enge Verhältnis zur SPD-(Regierungspolitik) bedingt ist.

Die Jugend ist aufgrund des Widerstandes gegen Wehrpflicht und andere Zwangsdienste sowie die Militarisierung von Schulen und Hochschulen zunehmend präsenter.

Migrantische Gruppen waren auch bei den jüngsten Friedensdemos stark präsent. Diese bilden auch einen großen Anteil bei jugendlichen Aktivisten.

Zwar waren die jüngsten Demos gegen Israels Vernichtungskrieg in Gaza natürlich geprägt von der Vielzahl palästinensischer Gruppen, doch die starke Präsenz von „biodeutschen“ Teilnehmern muss betont werden.

Die derzeitige Kriegstreiberei wird mit dem Ukrainekrieg begründet. Die

damit verbundene Eskalation ist sicher nach wie vor geprägt von ideologisch eingefärbten Debatten darüber, ob Russland imperiale Ziele verfolgt oder sich zu recht im Widerstand gegen das Vorrücken der NATO an die russische Grenze sieht. Zur Vorgeschichte des Ukraine-Konflikts gibt es zwar mittlerweile unzählige Analysen, aber leider nur mit begrenzter Reichweite in einer relativ kleinen medialen Gegenöffentlichkeit.

Anders verhält es sich jedoch mit dem ökonomischen Irrsinn der deutschen Hochrüstung. Dieser sollte zunehmend auch einer größeren Öffentlichkeit die Augen dafür öffnen, dass wir von dummen und wirtschaftlich naiven Politikern regiert werden. Damit sollte auch die davon ausgehende Russophobie an Grenzen stoßen.

Eine mediale Offenheit ergibt sich mittlerweile immerhin gegenüber dem allzu offensichtlichen Völkermord Israels in Gaza. Das Lavieren der Bundesregierung in dieser Frage ist inzwischen sicherlich in den Augen einer großen Öffentlichkeit entlarvend.

Bei beiden Themen spielt für unseren Widerstand auch die internationale Vernetzung eine zunehmende Rolle. Schließlich geht es um die Kriegstreiberei der führenden EU-Mächte Deutschland und Frankreich im Verbund mit Großbritannien. Diese Mächte unterstützen nach wie vor die verbrecherische Politik Israels gegen die Palästinenser und haben jeweils ähnliche Probleme aufgrund ihrer Kriegswirtschaft mit den daraus sich ergebenden sozialen Verwerfungen.

Diese ähnlich gelagerten Rahmenbedingungen könnten sich zu einem neuen Friedensinternationalismus entwickeln.

Wir hoffen, dass wir mit den darauf zugeschnittenen Einzelbeiträgen dieser Ausgabe einige Impulse für notwendige Diskussion setzen können, die zur Weiterentwicklung von Generationswechsel, Bündnisrelationen und organisatorischen Strukturen notwendig sind, damit sich der derzeitige positive Aufwärtstrend fortsetzt.

Karl-Heinz Peil

Screenshot vom Video, das ein Banksy-Graffiti zeigt, welches kurzzeitig an der Außenwand des britischen Royal Court zu sehen war. Dies zeigt einen Richter, der auf einen palästinensischen Demonstranten einprügelt.



Palästinenser: Leben in den Trümmern von Gaza

von Karin Leukefeld

Der Beitrag erschien zuerst am 27.10.25 bei Globalbridge.ch

Am 22. Oktober 2025 hat der Internationale Gerichtshof in Den Haag die Verpflichtungen Israels gegenüber den besetzten palästinensischen Gebieten festgestellt. Das vorgelegte Gutachten hat keine bindende Wirkung und ist die Antwort auf einen Fragenkatalog, der ihm vom UN-Generalsekretär am 20. Dezember 2024 im Auftrag der UN-Vollversammlung vorgelegt worden war.

Die Entscheidung der UN-Vollversammlung ist festgehalten in der UN-Resolution 79/232, die sich wiederum auf Artikel 65 des Statuts des Internationalen Gerichtshofes bezieht. Zusammengefasst lautet die Frage:

„Welche Verpflichtungen hat Israel als Besatzungsmacht und als Mitglied der Vereinten Nationen in Bezug auf die Präsenz und die Aktivitäten der Vereinten Nationen, einschließlich ihrer Organisationen und Einrichtungen, anderer internationaler Organisationen und Drittstaaten in und in Bezug auf das besetzte palästinensische Gebiet, einschließlich der Gewährleistung und Erleichterung der ungehinderten Lieferung dringend benötigter Güter, die für das Überleben der palästinensischen Zivilbevölkerung sowie grundlegender Dienstleistungen und humanitärer und Entwicklungshilfe zum Wohle der palästinensischen Zivilbevölkerung und zur Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes?“

Die Rechte der Palästinenser in Den Haag

Die zumeist einstimmige Ansicht des Internationalen Gerichtshofs lautet, „dass der Staat Israel als Besatzungsmacht verpflichtet ist, seine Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht zu erfüllen.“ Einstimmig war man der Ansicht, dass Israel demnach verpflichtet sei „sicherzustellen, dass die Bevölkerung des besetzten palästinensischen Gebiets mit den für das tägliche Leben notwendigen Gütern versorgt wird, darunter Nahrungsmittel, Wasser, Kleidung, Bettzeug, Unterkünfte, Brennstoff, medizinische Versorgungsgüter und Dienstleistungen; dass Hilfskräfte und medizinische Mitarbeiter sowie Einrichtungen respektiert und ge-

schützt werden müssten und dass „Zwangsumsiedlungen und Deportationen in den besetzten palästinensischen Gebieten verboten“ seien, was zu respektieren sei. Ebenfalls einig waren die zehn Richter sich, dass „geschützte Personen aus den besetzten palästinensischen Gebieten, die vom Staat Israel inhaftiert“ seien, das Recht haben, durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz besucht zu werden.

Nicht einig waren sich die zehn Richter, dass Israel Hilfsmaßnahmen zugunsten der Bevölkerung zustimmen und mit allen (Israel) zur Verfügung stehenden Mitteln erleichtern müsse, insbesondere durch das Hilfswerk der Vereinten Nationen für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA) sowie durch andere internationale Organisationen und Drittstaaten und „diese Hilfsmaßnahmen nicht zu behindern“.

Keine Einigkeit erzielte die Ansicht, dass Israel „als Besatzungsmacht nach dem internationalen Menschenrechtsrecht verpflichtet“ sei, die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten palästinensischen Gebiete zu achten, zu schützen und zu verwirklichen.“

Die einzige Gegenstimme bei allen Antworten des Fragenkatalogs kam jeweils von der Vizepräsidentin des Gerichtshofes, von Richterin Julia Sebutinde aus Uganda. Sie rückte in das Amt der Vizepräsidentin vor, nachdem Richter Nawaf Salam, ein Libanese, für den Posten des Ministerpräsidenten in dem Zedernstaat kandidieren wollte und dem Internationalen Gerichtshof den Rücken kehrte. Sebutinde ist eine erklärte Anhängerin Israels. Bei allen bisherigen Entscheidungen des IGH in Sachen Israel votierte die Richterin entschlossen für Israel und gegen alle Vorwürfe: sie verteidigte Israel gegen den Vorwurf des Völkermordes in Gaza. Ihr Ehemann ist Mitbegründer einer evangelikalen Bewegung in Uganda, die sich ausdrücklich zum Zionismus bekennt.

Es überrascht also nicht, dass Richterin Sebutinde als einzige bei zahlreichen Fragen zugunsten Israels votierte. Sie lehnte die Verpflichtung ab, dass Israel die Lieferung von Hilfsgü-

tern nicht behindern dürfe und mit den Vereinten Nationen, auch mit der UNRWA, zusammenarbeiten müsse. Auch die Verpflichtung, als Besatzungsmacht (...) die Menschenrechte der Bevölkerung in den besetzten palästinensischen Gebieten „zu achten, zu schützen und zu verwirklichen, auch durch die Präsenz und die Aktivitäten der Vereinten Nationen“, lehnte Sebutinde ab.

Sowohl Sabutinde als auch andere Richter gaben persönliche Erklärungen zu der IGH-Entscheidung zu Protokoll, die (noch) nicht öffentlich gemacht wurden.

In den Trümmern von Gaza

Es empfiehlt sich, die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes zu lesen, weil sie deutlich die Rechte der Palästinenser und der UN-Organisationen in den von Israel besetzten Gebieten unterstreicht. Über diese Seite des israelischen Vernichtungsfeldzuges gegen Gaza wurde von westlichen Medien so gut wie nie berichtet – als hätten die Palästinenser, als hätten die Vereinten Nationen und ihre Organisationen kein Recht gegenüber Israel.

Die israelische Ablehnung von UNRWA, der Hilfsorganisation für die palästinensischen Flüchtlinge, ist nicht neu. Das IGH-Gutachten allerdings bekräftigt die Rechte der Organisation, wie UNRWA in einer Erklärung hinwies. Die Besatzungsmacht Israel sei verpflichtet, die Menschen in Gaza zu schützen und Hilfsgüter zuzulassen, erklärte die Organisation, die von der Netanyahu-Regierung als „von Hamas unterwandert“ des Landes verwiesen wurde. Der Vorwurf wurde vom Gerichtshof in seinem Gutachten als unbegründet zurückgewiesen. UNRWA forderte die Öffnung aller Grenzübergänge und dass die humanitären Helfer und ihre Arbeit geschützt werden müssten. „Alle Beschränkungen gegen UNRWA müssen sofort aufgehoben werden.“

In ihrem Situationsbericht Nr. 190 für den Zeitraum zwischen dem 18.-24. September 2025 gibt UNRWA für den Gaza-Streifen an, dass seit Beginn



Foto: Wikipedia

des Krieges (7. Oktober 2023, kl) der Tod von 543 humanitären Mitarbeitern bestätigt sei. Darunter seien 370 UNRWA Mitarbeiter, von denen wiederum 304 bei UNRWA angestellt waren und 66 Personen, die UNRWA unterstützten.

Die Fakten sind klar

Die Stellungnahme des Internationalen Gerichtshofes ist so banal wie ungeheuerlich. Sie gehört zum ABC von Völkerrechtlern, Studierende lernen diese Verpflichtungen in den ersten Semestern. Die Verpflichtungen einer Besatzungsmacht sind in zahlreichen juristischen Abhandlungen sowie im humanitären Völkerrecht, den Genfer Konventionen (1949), der Haager Landkriegsordnung (1907) nachzulesen. Israel, UN-Mitgliedsstaat seit 1949, hat sich nie daran gehalten.

Zwei Jahre lang beobachtete die Welt live über Fernsehen und soziale Medien den israelischen Vernichtungsfeldzug gegen die Bevölkerung von Gaza, die nicht nur wehrlos und ohne Fluchtmöglichkeit war, sondern seit 2007 durch eine völkerrechtswidrige Totalblockade in dem palästinensischen Küstenstreifen gefangen gehalten wurde. Die westlichen Partner Israels finanzierten die Vernichtung mit Waffen und Geld, allen voran die USA und Deutschland. Im UN-Sicherheitsrat hielten die USA ihre schützende Hand über Israel, gegen das vor dem Internationalen Gerichtshof wegen Völkermord an den Palästinensern ermittelt wird. Internationale Medienvertreter, die Gaza auf Israels Anordnung nicht betreten durften, berichteten über die israelische Perspektive, um nicht Gefahr zu laufen, zensiert, verboten oder ausgewiesen zu werden.

Die Fernsehsender Al Mayadeen (Libanon) und Al Jazeera (Katar) wurden verboten, ihre Webseiten gesperrt, die komplette Technik beschlagnahmt. Das israelische Magazin +972 hat die Militäzensur in Israel seit 2011 untersucht. Im

Jahr 2024 erreichte die Zensur ein nie dagewesenes Ausmaß, so das Magazin. In diesem Jahr sei die Veröffentlichung von 1.635 Artikeln ganz verboten worden, 6.265 Artikel wurden teilweise zensiert. Der Militäzensor habe 2024 durchschnittlich in 21 Berichte pro Tag eingegriffen. Das sei mehr als drei Mal so viel wie zu Nicht-Kriegszeiten, wo durchschnittlich pro Tag etwa 6,2 Berichte zensiert worden seien. Während des Gazakrieges 2014 (Operation Protective Edge) habe der Militäzensor durchschnittlich 10 Berichte pro Tag zensiert. Die Zahlen basieren auf einer Antwort des Militäzensors auf eine gemeinsame Anfrage des +972 Magazins und der Bewegung für die Freiheit der Information in Israel, sie wurden laut dem Magazin vor dem Tag der weltweiten Pressfreiheit veröffentlicht.

Wenn Information und Aufklärung fehlen

Die Realität des anhaltenden Vernichtungskrieges gegen die Palästinenser ist vermutlich so gut dokumentiert, wie kaum ein anderer Vernichtungsfeldzug in der jüngeren Geschichte. Und doch ist das Wissen darüber vor allem in den westlichen Partnerländern Israels gering. Medien wie Haaretz oder das Magazin +972 in Israel berichten klarer und häufiger und selbst die Fernsehsender oder Zeitungen wie Times of Israel scheuen sich nicht, die zahlreichen rassistischen und arroganten Äußerungen von Militärs und Politikern wörtlich zu zitieren.

Daher weiß man, dass der ehemalige Verteidigungsminister Yoav Gallant die Bewohner im Gaza-Streifen als „menschliche Tiere“ bezeichnete und eine totale Blockade von Strom- und Wasserversorgung ankündigte.

Israel Katz hatte den Palästinensern schon als Knesset-Abgeordneter mit einer zweiten Nakba gedroht, sollten sie die palästinensische Fahne hissen.

Als Verteidigungsminister kündigte Katz im Juli dieses Jahres für die wiederholt Vertriebenen im Gaza-Streifen die Errichtung von „humanitären Internierungslagern“ in den Ruinen von Rafah an.

Der UN-Sicherheitsrat befasste sich (am 23. Oktober) mit der Lage im Gaza-Streifen, die weithin als „Waffenstillstand“ oder „Waffenruhe“ bezeichnet wird. Fast täglich allerdings bombardiert Israel weiter Ziele in dem Küstenstreifen und begründet das mit „Angriffen“ oder „versuchten Angriffen der Hamas“. Belege dafür gibt es nicht. Mehr als 100 Palästinenser wurden bei den Angriffen seit dem 10. Oktober 2023 getötet. In der Region wird das Verständnis Israels von „Ceasefire“ (englisch Waffenruhe) mittlerweile so beschrieben: „You cease, we fire“ – was so viel heißt: Ihr hört auf, wir schießen.

Entsprechend war auch die Stellungnahme von Danny Danon, dem israelischen UN-Botschafter im UN-Sicherheitsrat am 23. Oktober zu verstehen. Israel habe erreicht, was viele für unmöglich gehalten hätten, führte Danon aus.

Trotz politischen Drucks sei Israel hart geblieben. „Unser Kampf ist nicht vorbei“, fügte Danon hinzu. Es könne keinen Frieden geben, „solange der Terror noch da“ sei. Die Hamas habe die Waffenruhe bereits gebrochen, weil sie nicht alle israelischen Leichname überstellt habe. Israel wisse genau, wie die Hamas, „wo unsere Gefallenen sind“, so der Botschafter. „Sie weigern sich lediglich zu handeln.“ Zu viele schauten weg, während die Hamas die Vereinbarung breche. „Nehmen Sie die Scheuklappen ab und schauen Sie sich an, was wirklich geschieht“ so Danon laut Sitzungsprotokoll. „Bevor nur ein Klassenzimmer eröffnet oder auch nur ein einziges Haus gebaut wird, muss man sich einer Wahrheit stellen: Die Hamas muss verschwinden, die Hamas muss entworfen werden.“ Es sei an der Zeit, den Worten Druck (für die Entwaffnung der Hamas) folgen zu lassen, nur mit Druck könne „hoffentlich“ Frieden entstehen.

Die Verwüstung

Für den israelischen UN-Botschafter spielt die Verwüstung des Gaza-Streifens keine Rolle. Den angeblichen Bruch der Waffenruhe durch die Hamas – weil sie nicht in der vorgegebenen Zeit israelische Leichname bergen – quittiert Israel mit der erneuten Schließung von Grenzübergängen und der Weigerung, UN-Organisationen wie UNRWA dort hineinzulassen. Schweres Gerät, das für die Bergung von Leichen unter den Trümmern erforderlich wäre, wird verweigert. Zudem dürften auch mögliche Röntgenaugen israelischer Überwachungsdrohnen israelische und palästinensische Tote unter den Trümmern nicht unterscheiden können. Tausende Tote liegen unter den Trümmern von Gaza.

Zahlreiche internationale Organisationen dokumentieren inzwischen die *„physische und ökologische Zerstörung von Gaza“*. Grundlage sind Statistiken und Satellitenaufnahmen von Organisationen der Vereinten Nationen.

Die UN-Organisation für das Wohnen, HABITAT, veröffentlichte ebenso wie die UN-Organisation für Entwicklung, UNEP, Kartenmaterial, in der die Zerstörungen in verschiedenen Regionen des Gaza-Streifens in Tonnen Trümmer aufgelistet werden.

Die am meisten zerstörten Gebiete mit bis zu 20.000 Tonnen Trümmer sind demnach im Norden des Gaza-Streifens, in Gaza Stadt, Khan Younis und Rafah. Die Gesamttonnenzahl an Trümmern im Gaza-Streifen wird mit 53.000 bis zu 61.472 Tonnen angegeben. Die Zahlen wurden über den Abgleich verschiedener Satellitenaufnahmen ermittelt.

Ein Team des katarischen Nachrichtensenders Al Jazeera übertrug die UN-Statistiken in Schaubilder, die das Ausmaß der Zerstörung veranschaulichen. Demnach müssen 92 % aller Schulen komplett renoviert und wiederaufgebaut werden. Mehr als 2.300 Bildungseinrichtungen, darunter 63 Universitätsgebäude, wurden zerstört. 658.000 Schulkinder und 87.000 Studierende konnten seit zwei Jahren nicht unterrichtet werden. Mindestens 780 Lehrer und Professoren wurden getötet.

125 Krankenhäuser und Kliniken wurden ganz oder teilweise zerstört, 1722 Krankenpfleger und medizinisches Personal wurden getötet. Mindestens 2600

Menschen wurden getötet bei dem Versuch, Nahrungsmittel für ihre Familien zu finden, mehr als 19.000 wurden dabei verletzt. 89% der Wasser- und Sanitäreinrichtungen in Gaza wurden ganz oder teilweise zerstört.

Die tägliche Menge an Wasser, die den Menschen zur Verfügung steht, ist – laut Statistik – aktuell 6 Liter am Tag. Die Menge von Wasser in Notsituationen sollte standardgemäß 20 Liter pro Person pro Tag betragen.

Neben 92% zerstörter Wohnungen und Wohnhäusern wurden auch 88% aller Werkstätten und Geschäfte zerstört. 62% der Bewohner des Gaza-Streifens haben ihre Besitzurkunden für Land und Häuser verloren.

Die Kosten des Krieges

Seit dem 11. September 2001 gibt es das Projekt „Costs of War“ beim Watson Institute an der Brown University, in dem die Kosten der *„Kriege gegen Terror“* analysiert und dokumentiert werden. Auch die Netanyahu-Regierung gibt an, einen „Krieg gegen den Terror“ zu führen. Am 7. Oktober 2025 veröffentlichte das Projekt die jüngsten Berichte, in denen die *„menschlichen und finanziellen Kosten“* zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 3. Oktober 2025 dargestellt und analysiert werden.

Mehr als 10 Prozent der Bevölkerung von Gaza wurden, so die Zählung, direkt getötet oder verletzt. Hinzu kommt eine noch unbekannte Zahl an nicht geborgenen und noch unbekannten Toten. Hinzu komme die Zerstörung der Infrastruktur, so Neta Crawford, Professorin für Politikwissenschaften an der Oxford Universität und Mitbegründerin des Projekts „Costs of War“ in ihrem Bericht.

Energie-, Wasser- und Abwasser Versorgung sei zerstört, die Zerstörung von Landwirtschaft, Wohnraum, Gesundheitsversorgung – alles habe die Lebensbedingungen so erschwert, *„dass sie für den Rest der Bevölkerung langfristige Schäden verursachen“*.

Am 3. Oktober 2025 waren laut dem Gesundheitsministerium in Gaza 67.075 Tote registriert, 169.430 Verletzte, die Gesamtzahl der Opfer betrug zu dem Zeitpunkt 236.505 Personen. Vor dem Krieg lebten rund 2,2 Millionen Menschen im Gaza-Streifen.

Experten des öffentlichen Gesundheitswesens gehen in jüngsten Analysen davon aus, dass die Zahl der Toten, die vom Gesundheitsministerium in Gaza gemeldet werden, möglicherweise deutlich unter der tatsächlichen Zahl der gewaltsamen Todesfälle liegt. Grund dafür sind die vielen Hindernisse, die eine vollständige Erfassung der Todesfälle erschwert.

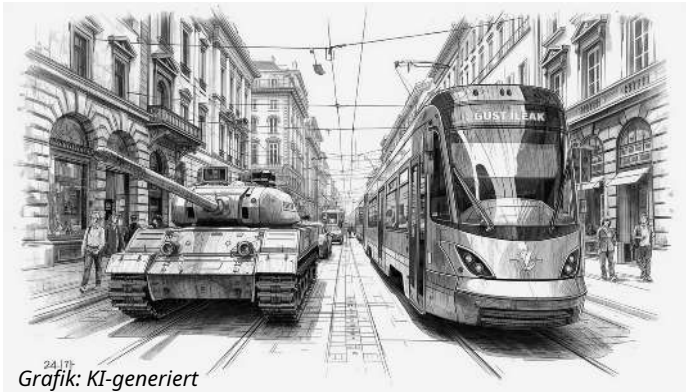
Neta Crawford verweist in ihrer Analyse auf die globalen und langfristigen Auswirkungen der massiven Profite des militärisch-industriellen Komplexes der USA, vor dem bereits der ehemalige US-Präsident Dwight D. Eisenhower gewarnt hatte, selber ein Militär.

Weltweit haben sich laut Crawford die Militärausgaben um 20 Prozent erhöht und selbst Europa verschulde sich massiv für Aufrüstung. Das werde *„nicht aufhören, wenn ein Krieg oder ein Konflikt endet“*. Die Entwicklung bringe zudem einen Verfall von Recht und internationalen Verträgen mit sich. Außergerichtliche Morde würden nicht einmal mehr erwähnt, die Demokratie leide unter langfristigen militärischen Entwicklungen.

Es sei kaum noch möglich, ein *„zivilisiertes Gespräch über Israel und Gaza zu führen“*, so Crawford. Die Langzeitauswirkungen bedeuteten noch mehr Tote, die Menschen würden noch Jahre später an den Folgen des Krieges sterben. Die Zerstörung der Umwelt sei immens, für den Anbau von Nahrungsmitteln stünden weniger als 2 Prozent der vorherigen Fläche zur Verfügung. Das Wasser sei vergiftet.

Nach Untersuchungen der Ökonomin Linda J. Bilmes (Dozentin Harvard University) für das Projekt „Costs of War“ hat die US-Regierung seit dem 7. Oktober 2023 offiziell 21.7 Milliarden US-Dollar an Militärhilfe an Israel ausgegeben.

Hinzu kommen zwischen 9,65 und 12,07 Milliarden US-Dollar für Angriffe in anderen Ländern des Mittleren Ostens, insbesondere im Libanon und gegen die Houthi-Bewegung im Jemen. Die Gesamtsumme allein auf Seiten der USA beträgt demnach innerhalb der letzten zwei Jahre mehr als 31 Milliarden US-Dollar – und sie steigt weiter.



Wirtschaftliche Folgen der deutschen Hochrüstung – ein Vergleich

Redaktion von German Foreign Policy

spielloser Verfahren die Kontrolle übernommen hat, die Versorgung der Branche mit Halbleitern empfindlich einzuschränken und damit die

ist die geplante Militarisierung der deutschen Wirtschaft eine risikoreiche Wette mit niedriger gesamtwirtschaftlicher Rendite.“

Kürzlich kam eine Auswertung diverser Studien zum Ertrag von Rüstungsinvestitionen ebenfalls zu dem Resultat, die Fiskalmultiplikatoren auf anderen Investitionsfeldern seien deutlich vorteilhafter als diejenigen in der Rüstungsindustrie. Bei Rüstungsinvestitionen lägen sie in einer „Spanne zwischen 0,4 und 1,5“, heißt es, während sie bei Investitionen in neue Infrastruktur Werte „zwischen 1,8 bis 2,5“ erreichten.^[5]

Ökonomisch nicht hilfreich

Zu identischen Ergebnissen kommt der französische Ökonom Claude Serfati, der am Pariser Institut de recherches économiques et sociales (IRES) tätig ist. Serfati zeigt, dass nicht nur das Wachstum, das aus Rüstungsausgaben resultiert, geringer ist als dasjenige, das aus zivilen Investitionen erwächst.^[6]

Er weist zudem nach, dass staatliche Ausgaben für die Rüstung viel geringere Privatinvestitionen nach sich ziehen als etwa staatliche Ausgaben für die Umwelt, Gesundheit oder Soziales. Außerdem belegt ein Vergleich von Statistiken aus Deutschland, Italien und Spanien, dass sich mit Ausgaben für die Umwelt, für Bildung und für Gesundheit jeweils erheblich mehr Arbeitsplätze schaffen lassen als mit Ausgaben für die Rüstung.

Im Gespräch mit german-foreign-policy.com weist Serfati darauf hin, es sei ohnehin offensichtlich, dass „die Militärausgaben nicht zum Wachstum des Reichtums beitragen“: „Ein Panzer, eine Rakete, ein Kampfflugzeug kehren nicht in den Prozess der makroökonomischen Reproduktion zurück, wie es beispielsweise ein Ausrüstungsgut tut oder eine Maschine, die verwendet wird, um andere Güter herzustellen.“^[7]

Auch Löhne seien rein ökonomisch nützlicher als Rüstung, denn „sie werden für den Verbrauch genutzt oder zur

Krise noch weiter zu verschärfen.^[1]

Auch die Chemiebranche kämpft mit heftigen Problemen, die zur Zeit durch den Zolldeal der EU mit den Vereinigten Staaten weiter verschlimmert werden: Weil US-Chemikalien aufgrund des Deals zollfrei in die EU gelangen, konkurrieren sie nun mit deutschen Chemikalien, die wegen der hierzulande höheren Erdgas- bzw. Energiepreise unter Druck geraten.^[2]

Die Bundesregierung hofft für kommandes Jahr auf ein Wachstum von wenigstens 1,3 Prozent; dabei beruht die Hoffnung vor allem auf den milliardenschweren Infrastrukturausgaben, die der Wirtschaft einen kleinen Schub verleihen sollen. Mit langfristigen Effekten rechnen Experten allerdings nicht, da die Infrastruktur lediglich instandgesetzt und nicht um neue Elemente erweitert werden soll. Wachstum verzeichnet gegenwärtig lediglich die Rüstungsbranche, die von Berlin gleichfalls gezielt mit Milliardenbeträgen gefördert wird.^[3]

„Risiko mit niedriger Rendite“

Ökonomen warnen dabei immer wieder, Rüstungsausgaben seien erheblich schlechter geeignet, um Wachstum zu fördern, als Ausgaben für andere Bereiche. Im Juni etwa kam eine an der Universität Mannheim erstellte Untersuchung zu dem Ergebnis, der sogenannte Fiskalmultiplikator liege bei Aufwendungen für die Streitkräfte bei 0,5; das bedeute, dass jeder investierte Euro lediglich zusätzliche Wirtschaftsaktivitäten im Wert von 50 Cent auslöse.^[4]

Erheblich höhere Erträge ließen sich mit staatlichen Investitionen nicht nur in neue Infrastruktur, sondern auch in Kinderbetreuung oder Bildung erzielen, urteilen die Autoren; einer von ihnen stellt fest: „Aus ökonomischer Sicht

Ökonomen kritisieren die Fokussierung Deutschlands und der EU auf die Rüstungsindustrie als wirtschaftlich nachteilig und weisen darauf hin, dass sie auf lange Sicht zum Abstieg eines Landes beitragen kann.

Die Fokussierung einer Regierung auf die Rüstungsindustrie bringt ökonomisch ernste Nachteile mit sich und kann auf lange Sicht zum Niedergang eines Landes beitragen. Dies bestätigt der französische Ökonom Claude Serfati im Gespräch. Wie Serfati konstatiert, der am Pariser Institut de recherches économiques et sociales (IRES) tätig ist, ist es leicht nachvollziehbar, dass Rüstungsausgaben weniger Wachstum und weniger Arbeitsplätze generieren als Investitionen etwa in zivile Infrastruktur oder in das Gesundheitswesen: Während letztere Vorteile für die Produktion anderer Güter brächten oder auch die menschliche Arbeitskraft stärkten, hätten Waffen keinerlei produktives Potenzial.

Serfati weist darauf hin, dass Frankreich trotz – bzw. wegen – seiner traditionellen Fokussierung auf Rüstung sowie auf militärische Technologie längst ökonomisch zurückfällt: Der Gedanke, Paris könne „auf Dauer“ dank seines Militärs seinen ökonomischen Rückstand gegenüber Deutschland ausgleichen und „Großmacht“ bleiben, habe sich als Irrtum erwiesen. Ein ähnlicher Plan treibt gegenwärtig die Versuche Berlins an, der Wirtschaftskrise zu entkommen.

In der Krise

Die Krise der deutschen Wirtschaft dauert an. Der Kfz-Industrie gelingt es nicht, sich aus ihrer desolaten Lage zu lösen; aktuell droht der Konflikt um den chinesischen Chipproduzenten Nexperia, über den vor kurzem die Regierung der Niederlande in einem bislang bei-

Eine Propagandabeauptung

Serfati weist nicht nur darauf hin, dass auch der Beitrag der Rüstung zum technologischen Fortschritt oft überschätzt wird. So sei zwar etwa die Entwicklung des Internet vom Pentagon finanziert worden, um die interne Kommunikation innerhalb des US-Militärs zu verbessern. Doch seien bald zivile Forschungsinstitute und Universitäten in seine Weiterentwicklung eingestiegen und hätten dabei „die Initiative übernommen“. Die Behauptung, es gebe eine „entscheidende Rolle der Militärtechnologie“, igno-

riere komplett die Art und Weise, „wie die Innovation voranschreitet“; sie sei „eine Propagandabeauptung“.^[8]

Trügerische Hoffnung

Auch ganz allgemein zeige sich, dass die Konzentration auf Rüstung und auf militärische Technologien Staaten nicht nütze, sondern ihnen auf lange Sicht sogar sehr deutlich schade, urteilt Serfati gegenüber german-foreign-policy.com. So habe Frankreich schon zu Zeiten von Charles de Gaulle stark auf die Rüstung und auf die Entwicklung von Militärtechnologie gesetzt.^[9]

Paris habe damit lange die Hoffnung verbunden, es könne „seinen relativen Vorteil in der Verteidigung“, in der es – neben Großbritannien – die stärkste Macht in Europa sei, einsetzen, „um seine industrielle Schwäche gegenüber Deutschland auszugleichen“. Das sei jedoch nicht gelungen. Es zeige sich, dass man „nicht auf Dauer nur dank seines Militärs eine Großmacht sein“ könne. Genau diesen Versuch – die industrielle Schwäche durch gewaltige Militarisierung auszugleichen und gleichzeitig zur Großmacht aufzusteigen – unternimmt gegenwärtig Deutschland.

Fußnoten: siehe Onlinefassung

Auszug aus Interview mit Ulrike Eifler

[...] GFP: Sie kämpfen als Gewerkschafterin gegen die gegenwärtigen Kriegsvorbereitungen der Bundesregierung. Warum gerade als Gewerkschafterin?

Ulrike Eifler: Weil die Politik der Kriegsvorbereitung zu Lasten der arbeitenden Mehrheit geht. Das lässt sich auf verschiedenen Ebenen beobachten. Die offensichtlichste ist die Verteilungsebene: Jeder Euro, der ins Militär gesteckt wird, fehlt für soziale Projekte, für eine ausfinanzierte Kindergrundsicherung, für gute Bildung – für alles, was die Gesellschaft aufrechterhält.

Nicht zufällig also werden derzeit überall in Europa Kürzungspakete geschnürt. Dann gibt es die tarifpolitische Ebene, denn in dem aktuellen Diskurs aus Krise und Krieg kommt die gewerkschaftliche Tarifpolitik unter Druck. Wenn beispielsweise die Bundesregierung den Acht-Stunden-Tag abschaffen will, dann ist das kein Rückenwind für die Forderung nach einer Vier-Tage-Woche. Es zeigt sich: Der Diskurs der Bundesregierung schafft ein Klima des Verzichts, das nicht den Forderungen der Gewerkschaften Auftrieb gibt, sondern denen der Arbeitgeber.

Und dann gibt es noch eine dritte Ebene – die betriebliche Mitbestimmung. Führende deutsche Politiker im Europaparlament wie Manfred Weber fordern mittlerweile offen die Umstellung auf Kriegswirtschaft. Weber betont dabei, Kriegswirtschaft

bedeute, dass der Staat bestimme, was ein Unternehmen herstellt – ob es etwa für den zivilen oder für den Rüstungssektor produziere. Und es soll auch der Staat sein, der darüber entscheidet, ob am Wochenende Überstunden gemacht werden müssen oder nicht. Das ist ein fundamentaler Angriff auf den tagtäglichen Kampf von Betriebsräten, über die Arbeitsbedingungen mitentscheiden zu können.

GFP: Nun nehmen die Gewerkschaften manchmal eine ambivalente Rolle ein. Einerseits haben viele Gewerkschafter aktiv gegen den Krieg gekämpft...

Ulrike Eifler: Das für mich beeindruckendste Beispiel ist nach wie vor die Novemberrevolution. Der Streik von 750.000 Fabrikarbeiterinnen – es waren überwiegend Frauen – in den Berliner Munitionsfabriken läutete im Januar 1918 eine Streikwelle ein, die schließlich den Ersten Weltkrieg beendete.

Später, in den 1980er Jahren, waren die Gewerkschaften ein wichtiger Bestandteil der Friedensbewegung, ebenso während des Golfkriegs 1991 oder während des Irakkriegs 2003. Gewerkschaften und Friedensbewegung – das gehörte in Deutschland immer zusammen. Als aber die israelischen Angriffe auf den Gazastreifen begannen, da forderten in sehr vielen Ländern weltweit Gewerkschaften eine Beendigung des Krieges. Es gab zwei Gewerkschaftsbünde, die da zurückhaltender waren.

GFP: Andererseits verteidigen Gewerk-

schaften auch immer wieder die Rüstungsproduktion, weil sie Arbeitsplätze schafft. Wie geht das zusammen?

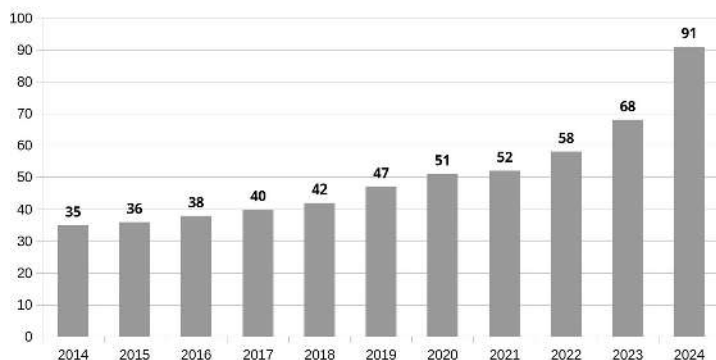
Ulrike Eifler: Das hängt damit zusammen, dass eine Politik der Kriegsvorbereitung Gewerkschaften in Widerspruchskonstellationen drängt. Wir erleben derzeit ja nicht nur, dass neue Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie entstehen; wir erleben ja parallel dazu auch den Verlust von Arbeitsplätzen in anderen Branchen. Allein 2024 sind rund 100.000 Arbeitsplätze in der Industrie aktiv abgebaut worden. Aufschwung und Krise liegen also eng beieinander.

Und beim Verlust von Industriearbeitsplätzen reden wir über oft gut bezahlte, tariflich abgesicherte Arbeitsplätze, häufig in Branchen, in denen die Gewerkschaften gut organisiert und traditionell durchsetzungstark waren. Die Durchsetzungstärkte in diesen Bereichen hat wesentlich den Aufbau eines starken Sozialstaates möglich gemacht.

Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall etwa ging zurück auf einen Arbeitskampf der Werftarbeiter in Schleswig-Holstein im Jahr 1956, der 16 Wochen lang dauerte. Hier zeigt sich, dass die aktuelle Deindustrialisierung zu einer Schwächung der gewerkschaftlichen Kampfkraft insgesamt führen kann. Diese widersprüchliche Entwicklung – Aufschwung in der Rüstungsindustrie und Krise in zivilen Branchen – führt auch in den Gewerkschaften zu einer widersprüchlichen Entwicklung.

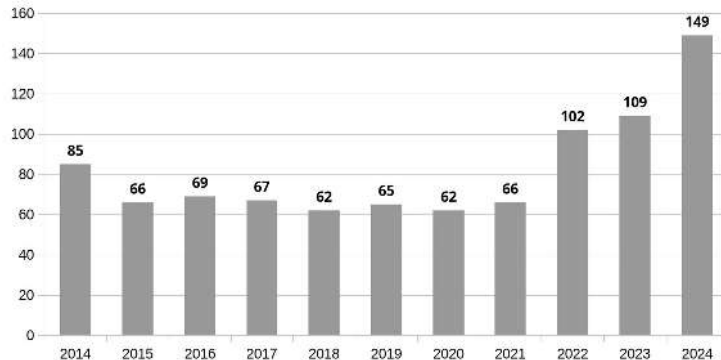
Quelle: German Foreign Policy / 29.10.2025

Fact Sheet zur Hochrüstung in Deutschland



Deutschlands Militärausgaben seit 2014 in Mrd. Euro

Quelle: Alexander Neu | Grafik: FriedensJournal



Russlands Militärausgaben seit 2014 in Mrd. US-Dollar

Quelle: Statista | Grafik: FriedensJournal

Haushaltsjahr	EP 14	Weitere EP *)	„Sondervermög.“	Summe
2025	62	7	24	93
2026 **)	82,6	7	25,5	115

Militärausgaben in Mrd. Euro

*) gemäß NATO-Kriterien | Daten: A. Neu | Tabelle: FriedensJournal

***) 2026: „Eckwerte“-Planungen Stand Sept. 2025

In Russland sind ab 2014 die Militärausgaben in absoluten Zahlen von 88 Milliarden US-Dollar auf um die 60 Milliarden gesunken, aber bezogen auf das BIP von 4,1% auf 5,4% (2016) gestiegen, um dann wieder auf 3,5% (2021) zurückzugehen. Mit dem Krieg stiegen die Militärausgaben auf 159 Milliarden (2024) und 7% vom BIP. Die Frage ist, ob die Zahlen einfach verglichen werden können, beispielsweise sind die Herstellungspreise und die Personalkosten in Russland geringer.

Die EU-Staaten würden demnach doppelt so viel für das Militär ausgeben wie Russland, wobei der Anteil am BIP sehr viel geringer ist. Es sollte also der EU viel leichter fallen, noch einmal massiv die Ausgaben zu erhöhen, während Russland bald an Grenzen stoßen dürfte. Die EDA [European Defence Agency] geht davon aus, dass Russlands Militärausgaben in Wirklichkeit in 2024 234 Milliarden waren, was immer noch deutlich weniger wäre als die Ausgaben der EU-Länder.

Mit der Erhöhung auf 3,5 Prozent vom BIP würde sich der Abstand noch deutlich vergrößern. Nach SIPRI gab China 2024 314 Milliarden US-Dollar oder 1,7% des BIP für das Militär aus.

Quelle: Overton-Magazin – Florian Rötzer (22.9.25)

Nr.	Länder	Mrd. US-Dollar
1	USA	997
2	VR China	314
3	Russland	149
4	Deutschland	88,5

Ranking der Militärausgaben 2024

Quelle: SIPRI Fact Sheet / ISW (siehe auch FriedensJournal Nr. 4-2025, Seite 6)

Zahlen zum Bundeshaushalt 2026 (Regierungsentwurf)

Gesamtausgaben: 520 Mrd. Euro

EP 11 Arbeit und Soziales: 197 Mrd. Euro

davon anteilig für Arbeitsmarktpolitik: 52 Mrd. Euro

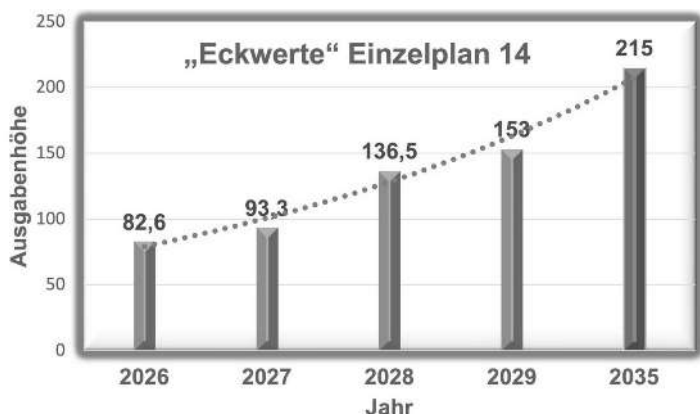
EP 12 Verkehr: 29 Mrd. Euro

EP 15: Gesundheit: 20 Mrd. Euro

EP 30: Forschung, Technologie, Raumfahrt: 31 Mrd. Euro

EP 32 Bundesschulden: 34 Mrd. Euro

Quelle: www.bundeshaushalt.de



Entwicklung der Militärausgaben bis 2025

Grafik: Alexander Neu

Wenn bis 2035 der Fünf-Prozent-BIP-Anteil für die Bundeswehr verausgabt werden sollte, was nahezu alle im Bundestag vertretenen Parteien, inklusive der AfD, befürworten, so wären das bei einem BIP von 4,3 Billionen Euro (als Referenzgröße aus dem Jahr 2024 und somit konservativ berechnet) rund 215 Milliarden Euro allein aus dem Einzelplan 14. ...

Die Finanzierung dürfte durch Umschichtungen aus den zivilen Bereichen (Arbeit/Soziales, Gesundheit, Bildung, Umwelt etc.) sowie durch Kreditaufnahmen realisiert werden. Im ersten Fall dürfen sich die Menschen auf ihre bevorstehende Armut „freuen“, im zweiten Fall dann auch die gegenwärtigen sowie die künftigen Generationen. Die Verschuldung plus Zinszahlungen stehen jährlich an und werden aus dem Einzelplan 32 (Bundesschuld) finanziert. Dieser steht derweil auf Platz fünf der Ausgabenhöhen der Einzelpläne.

Quelle: Nachdenkseiten – Alexander Neu (24.9.25)

Warnungen vor Eskalation mit Russland

Interview mit Reiner Braun und Michael Müller (für die Berliner Zeitung)

Herr Braun, Herr Müller, Ihre beiden Organisationen haben am 3. Oktober Friedensdemonstrationen mitorganisiert. Wie zufrieden sind Sie mit der Mobilisierung?

Reiner Braun: Man muss die gesamten letzten Wochen sehen. Es gab drei große Aktionen: am 13. und am 27. September – mit bis zu 100.000 Menschen – sowie am 3. Oktober in Berlin und Stuttgart mit zusammen rund 35.000. Dazu kamen viele kleinere Aktionen. Insgesamt ist das ordentlich, aber weit entfernt von dem, was wir angesichts der militaristischen Zuspitzung brauchen. Wir waren selten so nah an einem großen Krieg und an innerer wie äußerer Zerstörung durch Militarismus. Darauf gibt es noch keine gesellschaftliche Antwort. Diese zu entwickeln ist Aufgabe der Friedensbewegung, aber auch von Gewerkschaften, Kirchen, Sozial- und Umweltverbänden.

Michael Müller: Von denen war zuletzt leider zu wenig zu hören.

Warum gelingt es der Friedensbewegung nicht, mehr Menschen zu mobilisieren?

Reiner Braun: Soziale Bewegungen entstehen nicht am Reißbrett. Eine Idee muss die Menschen ergreifen. Außerdem wirken Gegenkräfte: Erstens die neoliberale Ideologie des Individualismus, die Solidarität schwächt. Zweitens unterschätzen viele die Wirkung großer Kampagnen. Die permanente Wiederholung „der Russe ist an allem schuld“ bleibt nicht ohne Wirkung. Diese Narrative zu kontern ist eine geistig-politische Aufgabe. Sie gelingt nicht von heute auf morgen. Wir müssen die aufklärende Rolle der Friedensbewegung stärker in den Mittelpunkt stellen und stärker ein gemeinsames kollektives Verantwortungsbewusstsein entwickeln,

Auf den Friedensdemonstrationen trifft man vor allem viele Menschen, die schon in den 1980er-Jahren protestiert haben. Was braucht es, um eine neue Generation von Friedensaktivisten zu gewinnen?

Michael Müller: Zunächst das Bewusstsein, dass selten so viel gleichzeitig zerbricht wie heute. Da nützen

keine Pflaster mehr. Der Ukrainekrieg beschleunigt Entwicklungen, die längst in der Gesellschaft angelegt waren: der Kampf um eine neue Weltordnung, das Ende des alten fordistischen Zusammenhalts, die Erosion einer aufgeklärten Öffentlichkeit, die den „Mut zur Mündigkeit“, wie Kant es nennt, hatte.

Wir führen kaum noch echte gesellschaftliche Diskurse. Kulturelle, soziale und ökonomische Faktoren zeigen: Das alte Modell des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist vorbei, national und international verschärfen sich Konflikte. Der russische Angriff ist durch nichts zu rechtfertigen, aber unsere Reaktion darauf bleibt oft arrogant und überheblich.

Reiner Braun: Die Lage ist extrem komplex: neue Weltordnung, überlappende Konflikte, multiple Krisen. Das verunsichert viele, führt zu Resignation und Rückzug. Zwei Ansatzpunkte sehe ich: Erstens die Wehrpflicht stärker thematisieren, die 70 bis 80 Prozent der jungen Menschen ablehnen. Zweitens die soziale Dimension der Hochrüstung betonen: Die Militarisierung führt zu Sozialabbau, mit Folgen, die heute kaum zu erahnen sind.

Es geht auch um Summen, die kaum vorstellbar ist, oder wissen wir wirklich, was eine Billion für Rüstung in Europa real bedeutet. Wenn etwa Betten in Berliner Kliniken militärischen Erfordernissen untergeordnet werden sollen, widerspricht das ärztlicher Ethik. Gleichzeitig werden Arbeitsplätze mit Verweis auf Kriegsproduktion abgebaut, die allerdings weitaus weniger Jobs schafft. Das erzeugt Betroffenheit und Widerstand. Unsere Aufgabe ist, diesen Widerstand zu politisieren und auf den Zusammenhang mit Militarismus hinzuweisen.

Was lernen Sie aus den 1980er Jahren und was unterscheidet die Situation von damals?

Reiner Braun: Direkte Vergleiche führen in die Irre. Gesellschaftsklima und internationale Lage waren andere: Blockkonfrontation, Solidaritätsidee und Gorbatschow als subjektiver Faktor. Heute erleben wir eine tiefgrei-

fende weltpolitische Krise, deren Dynamik wir erst ansatzweise begreifen. Mobilisierung ist auch angesichts einer einseitigen Regierungspolitik nachbessernden Presse schwieriger, Social Media prägen alles, rechtsradikale Kräfte sind global stärker als in den 80ern.

Die zentrale Lehre bleibt: die Friedensbewegung war erfolgreich, weil sie gesellschaftlich verankert war. Helmut Kohl schrieb in seinen Memoiren sinngemäß, er hätte den Widerstand gegen die Pershing-II-Stationierung keine acht Wochen länger durchgehalten, so groß war der gesellschaftliche Druck der Friedensbewegung.

Michael Müller: In den 80ern wurden auch programmatisch große Ideen stark: Nord-Süd-Solidarität, „Gemeinsame Sicherheit“ als Leitlinie der Friedenspolitik und die Idee der Nachhaltigkeit. Das waren Grundideen der europäischen Sozialdemokratie, heute spielt sie kaum noch eine Rolle. Das ist ein zentraler Unterschied: die „linke Mitte“, die der Gesellschaft Stabilität und Zusammenhalt gegeben und eine starke Linke möglich gemacht hat, löst sich auf. Wir brauchen ein neues Fortschrittsmodell.

Zuletzt wurden viele Menschen für Gaza mobilisiert. Hilft das der Friedensbewegung?

Reiner Braun: Ja, die Palästina Solidarität hat der Friedensbewegung insgesamt Auftrieb gegeben, besonders auch in den USA. Die großen Aktionen sind ein herausragendes Zeichen des Protestes gegen eine Völker mordende Politik Israels und die Unterstützung durch die Bundesregierung, ein tiefer Ausdruck von Humanismus und Verantwortung sowie von Mut gegen scharfe Repressionen. Aber „Gaza“ ist nur ein Teil. Solidarität dort ersetzt nicht, sondern fordert konsequenterweise die Beschäftigung mit den sozialen Folgen der Hochrüstung hier.

Michael Müller: Das alte Wachstumsmodell, das eine stabile, mobile Mitte ermöglichte, trägt nicht mehr. Wir haben ökologische Grenzen erreicht, die wir nicht überschreiten dürfen. Auch die Kluft zwischen Arm und



Reich wächst. Die Frage lautet heute: Wie organisiert man auf der zusammengewachsenen Welt den gesellschaftlichen Zusammenhalt angesichts ökologischer Grenzen und bei offenen Märkten? Ohne eine Debatte über die Ursachen der multiplen Krisen wird die Friedensbewegung nicht wachsen und der Bellizismus zunehmen.

Sie kritisieren einen „Meinungskonformismus“ in den Medien. Was meinen Sie damit?

Reiner Braun: In den 80ern war die Medienlandschaft pluraler, weil auch die Gesellschaft offener und kritischer war. Teile standen der Friedensbewegung wohlwollender gegenüber: Spiegel, Stern, Frankfurter Rundschau.

Michael Müller: Heute ist die große Mehrheit der Medien eher Einseitiger des Bellizismus. Sie treiben die Politik in Richtung Militarisierung der Politik, wo es doch in erster Linie um Diplomatie gehen muss. Paradox ist: Viele Journalisten, die heute laut für Waffenlieferungen eintreten, erzählen zugleich, wie stolz sie auf die Friedensdemos der 1980er sind. „Mut zur Mündigkeit“ braucht auch der Journalismus. Ohne aufgeklärte Medien gibt es keine Friedenspolitik.

Sie sagen: „Krieg ist immer falsch.“ Welche Konsequenz folgt daraus für ein Land wie die Ukraine, das angegriffen wurde?

Reiner Braun: Es gab Chancen, den Krieg zu verhindern, noch vor seinem

Ausbruch; Frau Merkel hat das kürzlich angedeutet. Dann gab es Chancen, ihn früh einzudämmen, Stichwort Istanbul-Verhandlungen. Das wurde vom Westen, also der Nato, nicht gewollt.

Nach dem Scheitern von Istanbul wurde der Krieg zum Stellvertreterkrieg zwischen Nato und Russland. Zu überwinden ist er heute nur, wenn beide Seiten begreifen, dass er militärisch nicht zu gewinnen ist. Dorthin nähern wir uns: Beide können einander zerstören. Daraus entstehen Verhandlungsfenster, mit Initiativen, teils aus Brasilien und China, teils mit Blick auf Trump. Die Ukraine wird den Krieg militärisch nicht gewinnen, Russland allein auch nicht. Ergebnisse werden kommen, die dramatischen Opferzahl gebietet allerdings Eile.

Können Sie erläutern, was Sie meinen, wenn Sie vom „Stellvertreterkrieg zwischen Nato und Russland“ in der Ukraine sprechen?

Michael Müller: Der Krieg hat eine Vorgeschichte. Im Westen wurde die Ukraine immer wieder als Hebel gegen Russland gesehen. Keine Entschuldigung für den Krieg, aber eine Erklärung. Beenden lässt sich der Krieg nicht ohne Vermittlung der BRICS-Staaten. Der Westen muss akzeptieren: Gegen China, Indien, Russland, Brasilien, Südafrika gibt es keine funktionierende Weltpolitik. Es braucht eine multipolare Ordnung auf Augenhöhe. Konkret muss ein realistischer europäischer Friedensvorschlag entwickelt werden, der nicht das bloße „Zurück zum Status vor dem 24. Februar 2022“ ist.

Die EU müsste eine künftige gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur skizzieren und auf dieser Basis für eine Vermittlung wichtiger BRICS-Staaten werben. Fakt ist: Die EU hat dreieinhalb Jahre nichts vorgelegt. Eine Art „Baker-Kommission“ wie nach dem Irakkrieg würde wohl erschütternde Wahrheiten über Opferzahlen und ihre soziale Herkunft offenlegen. Erst den Krieg einfrieren, dann verhandeln und eine gesamteuropäische Friedenslösung anbieten, die den Interessen aller Beteiligten gerecht werden kann.

Reiner Braun: Ich bin gegenüber

der EU skeptischer. Für mich ist sie Teil des Problems.

Woran machen Sie Ihre EU-Skepsis fest?

Reiner Braun: An Positionen und Tonlage: Aussagen von Frau von der Leyen, das Verhalten von Frau Kallas – beides zuspitzend statt deeskalierend. Grenzprovokationen werden zurzeit aufgeblasen, als stünde „der Russe“ schon in Berlin.

Michael Müller: Unbestritten. Aber BRICS wird nicht handeln, solange Europa schwächelt. Warum sollte China eingreifen, wenn europäische Schwäche dem eigenen Einfluss nutzt? In der internationalen Politik geht es zuerst um Interessen. Europa muss sich zuerst bewegen. Das die europäische Kommission wie auch der Rat eklatant versagen, ist leider eine bittere Wahrheit.

Sehen Sie Persönlichkeiten in Europa, die die Lage drehen könnten?

Michael Müller: Ein „neuer Gorbatschow“ ist nicht in Sicht, aber so etwas weiß man nie. Sicher ist: Wenn alles so bleibt, verliert die EU dramatisch an Bedeutung. Auch Deutschland kann diese Summen, die von Selenskyi ununterbrochen gefordert werden, nicht mehr stemmen.

Sie sprechen von Gorbatschow. Sehen Sie Parallelen zwischen den späten Jahren der Sowjetunion und dem heutigen Zustand der Europäischen Union?

Michael Müller: Die Ausgangslagen sind verschieden. Aber auch die Sowjetunion zerbrach neben Tschernobyl an ihren Militärkosten. Wenn heute fünf Prozent des BIP fürs Militär veranschlagt werden, wird das die Gesellschaft sozial zerreißen, ähnlich wie damals in der Sowjetunion. Und es wird zum ökologischen Zusammenbruch des Erdsystems beitragen, deren Folgen schon bald erbitterte Verteilungskämpfe und neue Gewalt auslösen werden.

Kurz: Wir sind an einem Scheidepunkt. Die sozial-ökologische Gestaltung der Transformation muss die Zeitenwende sein, nicht die Militarisierung der Wohlstandsoasen.

Die Politiker in Europa müssten das doch auch sehen. Warum gibt es trotzdem kei-

ne ernsthafte europäische Friedensinitiative für die Ukraine?

Reiner Braun: Weil es nicht nur um die Ukraine geht, sondern es ein Kampf um die Neuordnung der Welt ist. Unsere Politik glaubt, an der Seite der USA den eigenen alten, hegemonialen Einfluss zu retten – und versucht dafür Gegenkräfte zu schwächen, vor allem China in Verbindung mit Russland. Das ist die materielle Logik eines Profitsystems, das glaubt, nur so überleben zu können. Dazu gehört auch das Festhalten am Neokolonialismus, dem aber nur noch der globale Westen verbunden ist.

Michael Müller: Hinzu kommt: Der politische Beratungs-Kosmos ist klein und eng, eine Blase. Universitäten produzieren Spezialwissen, aber zu wenig Verständnis für Zusammenhänge. Kritische Theorie ist zurückgegangen. Medien – darüber sprachen wir – sind zunehmend unkritisch. Früher zwang gesellschaftlicher Diskurs selbst eine bürgerliche Partei zu sozialen Akzenten. Das fehlt heute.

Sie sagen, es ist ein Kampf um die Neuordnung der Welt. Kann der Westen diesen gewinnen?

Reiner Braun: Meine persönliche Einschätzung, nachdem ich dieses Jahr in den USA, Russland und China war: Der Westen kann diesen Kampf nicht gewinnen, es sei denn, er riskiert die atomare Vernichtung. In großen Teilen der Welt prägen Eigenständigkeit,

Selbstbestimmung und Zuversicht die Mentalität.

In China ist die Stimmung völlig anders als bei uns. Vielleicht erklärt das auch den Militarismus hierzulande: Man weiß, dass man ökonomisch und politisch nicht gewinnen kann, zieht aber nicht die logische Konsequenz – Partnerschaft, Kooperation, Überlebensfragen des Planeten gemeinsam lösen –, sondern setzt auf die militärische Flucht nach vorn.

Michael Müller: Europa könnte eine Rolle spielen mit einer überzeugenden sozial-ökologischen und demokratischen Gestaltung der Transformation, die heute die Gesellschaften erschüttert. Würde Europa wieder zum Vorbild eines zukunftsfähigen Gesellschaftsmodells, hätte es Gewicht. Heute repräsentiert es aber ein Modell der Vergangenheit.

Wie optimistisch sind Sie, dass in Europa ein solches neues Projekt entsteht?

Reiner Braun: Als Friedensbewegter muss man optimistisch sein, und es gibt auch Gründe dafür. Wenn es gelingt, in den Nato-Kernländern eine Friedensbewegung im Sinne einer gesellschaftlichen Bewegung aufzubauen, kann sie

Stütze der Kräfte werden, die eine multipolare, friedlichere und gerechtere Welt anstreben – im Globalen Süden, bei den BRICS. Gelingt diese historisch neuartige Konstellation, lassen sich kriegstreibende Dynamiken auch hier eindämmen. Es gibt Ansätze, auch mit Regierungen des globalen Südens. Ich bin optimistisch, dass wir das schaffen können. Es kommt aber entscheidend auf das eigene Handeln an.

Michael Müller: Entscheidend ist, dass die Friedens-, die soziale und die ökologische Bewegung als gesellschaftliche Reformbewegung in eine gemeinsame Richtung gehen und auch möglichst gemeinsam ihre Zukunftspositionen vertreten. Ein „dritter Weg“, glaubwürdig formuliert und praktisch angelegt. Ich bin sicher: Ein großer Teil der Bevölkerung würde mitgehen.



Foto: Demo in Stuttgart am 3.10.25 – Peter Wahl

Auszug aus Interview mit Ulrike Eifler (Teil 2)

GFP: Seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs kann man immer wieder beobachten, dass zumindest Teile der Gewerkschaftsführungen eine klare Antikriegspolitik ablehnen. Wie kann man sich das erklären?

Ulrike Eifler: Das hängt zum einen mit der Schwäche der Friedensbewegung zusammen. In den 1980er Jahren hatte die Friedensbewegung mit SPD und Grünen ein starkes infrastrukturelles Rückgrat. Dieses Rückgrat ist 1999 mit Beginn des Jugoslawienkrieges weggebrochen, was die Friedensbewegung verletzlicher gemacht und

auch den Diskurs von Gewerkschaften und Friedensbewegung geschwächt hat.

Es hängt aber auch damit zusammen, dass die Menschen in der Bundesrepublik seit 80 Jahren im Frieden leben. Wir sind aufgewachsen in der Gewissheit, dass Kriege nicht bei uns, sondern weit weg auf anderen Kontinenten stattfinden. Um die aktuelle Kriegsgefahr zu erkennen, braucht man die Bereitschaft zum Bruch mit dem, was uns über Jahrzehnte hinweg geprägt hat.

Ein dritter Grund ist das historisch gewachsene, enge Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften, was immer

dann zum Problem wird, wenn – wie aktuell – die SPD in der Bundesregierung sitzt. Gerade jetzt, wo die Große Koalition zu einer Politik offener Kriegsvorbereitungen übergegangen ist, dürfen die Gewerkschaften ihr politisches Mandat nicht an die SPD delegieren, sondern müssen es selbst wahrnehmen. Das ist in der Praxis nicht immer einfach.

Diese drei Elemente wirken sich wesentlich auf die friedenspolitischen Debatten in den Gewerkschaften aus. Trotzdem nehme ich in vielen gewerkschaftlichen Gremien den Wunsch nach einer klaren Friedenspolitik wahr.

Quelle: German Foreign Policy – (siehe auch ersten Teil auf Seite 7)

„Keinen Cent, keine Waffe, kein Leben für den Krieg“

Deutsche Koordination des Europäischen Verbindungskomitees „Gegen Krieg – gegen sozialen Krieg“

Beispielhaft für den internationalen Widerstand gegen die Kriegspolitik in den führenden EU-Staaten und Großbritannien steht eine große Konferenz, die am 4. und 5. Oktober in Paris stattfand. Wir dokumentieren in dieser Ausgabe den Vorab-Beitrag der deutschen Delegation, in dem die Situation in Deutschland mit den Herausforderungen für die Friedensbewegung in sehr kompakter Form dargestellt wird. Der Text wurde für das FriedensJournal leicht gekürzt.

Der Aufruf „Keinen Cent, keine Waffe, kein Leben für den Krieg!“ ist Ausdruck des Willens der europäischen Völker, Schluss zu machen:

- > mit dem Völkermord der israelischen Regierung am palästinensischen Volk, mit der Unterstützung Netanjahus durch die europäischen Regierungen;

- > mit dem Krieg in der Ukraine und der Kriegstreiberei durch alle europäischen Regierungen;

- > mit dem sozialen Krieg, den Angriffen auf alle sozialen Errungenschaften der Völker.

Dafür sind in Europa Tausende aktiv geworden. Es gibt zahlreiche Demonstrationen, Diskussionsbeiträge, Erklärungen und Unterschriftensammlungen aus allen Teilen der Gesellschaft.

In den Gewerkschaften gibt es wichtige Diskussionen, wobei die Mehrheit der Gewerkschaftsführungen die Regierungen unterstützen.

Die jüngsten Entwicklungen zeigen, dass in Europa die Troika aus Starmer, Macron und Merz für Europa eine kriegstreibende Funktion in der Vorbereitung des Krieges einnehmen.

Deshalb trifft es die Realität, wenn es in dem Aufruf „**Keinen Cent, keine Waffe, kein Leben für den Krieg**“ im ersten Satz heißt: „Die europäischen Regierenden bereiten den Krieg vor.“ Das spiegelt auch die Realität in Deutschland auf allen Ebenen wider. Natürlich stehen im Zentrum die Milliarden und Abermilliarden für die Kriegshaushalte, auf Kosten der notwendigen Milliarden für die soziale Infrastruktur. Doch die Maßnahmen der Militarisierung und die

Pläne für die Kriegsertüchtigung der Gesellschaft werden im täglichen Leben immer erfahrbarer.

In den politischen Disputen, in den Medien ... werden wir systematisch auf die Unausweichlichkeit des Krieges vorbereitet.

Das beginnt mit der Definition des Kriegsgegners in Europa. Der Feind ist Russland. Das wurde in der Nationalen Sicherheitsstrategie 2023 in Deutschland verankert: Russland wurde als „größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit in Europa“ ausgemacht. Mit den Drohnen über Polen wurde diese politische Agitation demagogisch vorangetrieben – der Russe steht demnächst am Brandenburger Tor!

Das Grundgesetz, die deutsche Verfassung, verbietet den Angriffskrieg und die Vorbereitung darauf ausdrücklich (Art. 26). Um die Bestrebungen zur Kriegsvorbereitung zu vernebeln, wird mit der aktuellen Notwendigkeit verstärkter Verteidigungsmaßnahmen argumentiert, womit allerdings auch die Grundlagen für einen Angriffskrieg geschaffen werden können.

Verschiedene zeitliche Szenarien werden in der Öffentlichkeit diskutiert, die meisten gehen von einem Kriegsbeginn 2029/30 aus. Carlo Masala, Professor für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr in München, nennt sogar ein konkretes Datum, den „27. März 2028“ und den Ort: „Narwa, Estland“.

Auf der militärischen Ebene gibt es zahlreiche konkrete Kriegsvorbereitungsmaßnahmen.

Deutschland hat sich verpflichtet, eine Führungsrolle in der NATO einzunehmen. Im Visier besonders: Schutz der Ostflanke. Dazu dient die ständige Stationierung von 4000 deutschen Soldaten in Litauen, die gerade umgesetzt wird. Das neue NATO-Ukraine-Kommando wurde in Wiesbaden Anfang 2025 eröffnet. In Rostock wurde



Redebeiträge finden sich auf der Homepage <https://gegendenkrieg-gegenensozialenkrieg.info>

ein neues maritimes Hauptquartier zur Sicherung der Ostseeregion eingerichtet, welches für die NATO die Überwachung durchführt.

Die Zahl und der Umfang der Militärischen Übungen, Großmanöver an der NATO-Ostflanke wie „Defender Europe“ und „Air Defender“ – größte NATO-Luftoperation seit Bestehen – wurden schon ausgeweitet. Die „Quadriga“-Manöverserie der Bundeswehr dauerte bis Ende September: Tausende Soldaten trainieren etwa die Verlegung ins Baltikum auf dem Land-, Luft- und Seeweg.

Hinzu kommen die umfangreichen Beschaffungen im Bereich der Luftwaffe mit Sicherung der nuklearen „Abschreckung“, neue Raketenabwehrsysteme, Beteiligung am European Sky Shield Initiative (ESSI); im Bereich Heer: neue Panzer, Artillerie, Munition; Marine: neue Schiffe und U-Boote zur Stärkung von Nordsee und Ostsee.

Im Zentrum sollen ab 2026 die neuen US-Mittelstreckenwaffen als Erstschlags- und Enthauptungsschlagwaffen gegen Russland stationiert werden.

Die Bundeswehr selbst soll von derzeit etwa 180.000 aktiven Soldaten auf 240.000 aufgestockt werden. Erklärtes Ziel sind auf Grundlage neuer NATO-Planungen sogar rund 260.000 Männer und Frauen in der stehenden Truppe, sowie 200.000 Reservisten, zurzeit sind es 49.000 aktive Reservisten. Dazu wurde die Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland eingeleitet.

Erste sogenannte „Heimatschutz-Regimenter“ wurden als eigene Verbände aufgestellt und mit Aufgaben auch „nach Innen“ – zum Beispiel der „Aufstandsbekämpfung“ – betraut.

Auf der ökonomischen Ebene findet ein Auf- und Ausbau der Rüstungspro-

duktion statt.

Es geht hier nicht nur um die Ausweitung der Kapazitäten, sondern ganze neue Fabriken entstehen. Rheinmetall hat Ende August die größte Munitionsfabrik Europas eröffnet. Dabei werden oftmals zivile Produktionen in militärische umgewandelt. So wird der Schiffbauer NVL von Rheinmetall übernommen, Waggonbau Görlitz baut statt Straßenbahnen in Zukunft Panzer.

Deutsche Autozulieferer wie Continental, Bosch, ZF und Schaeffler stellen auf Rüstungsproduktion um.

Es wird die Illusion verbreitet, die Umstellung auf Rüstungsproduktion könne die zunehmende Wirtschaftskrise und Welle der Deindustrialisierung ausgleichen. Halten wir fest, die derzeitige Krise ist die direkte Folge der Sanktionen gegen Russland, die Deutschland schwer getroffen haben. Jetzt zeigt sich, dass die Ausweitung der Rüstungsproduktion Wohlstand beschleunigt vernichtet, statt neuen zu erzeugen. Die Arbeitslosenzahl hat die drei Millionen Grenze überschritten.

Auf der gesellschaftlichen Ebene

Kriegsvorbereitungen durchziehen alle Bereiche der Gesellschaft. In dem geheim gehaltenen regierungsamtlichen **‘Operationsplan Deutschland’** aus dem Frühjahr 2024 – entwickelt von Experten aus allen Bereichen der Bundeswehr und einer Planungsgruppe aus Bund, Ländern und Kommunen, also der Exekutive, gemeinsam mit den zivilen Hilfsorganisationen sowie Vertretern der Wirtschaft – wird der Platz und die Funktion aller gesellschaftlichen Einrichtungen, Funktionen, Berufe und auch der Menschen im Kriegsfall neu definiert. Das gesamte Gemeinwesen wird überprüft und in Richtung Kriegstauglichkeit umgestaltet. Gemeinsame Übungen z.B. zwischen Hilfsorganisationen, kommunalen Stellen und Bundeswehr finden schon statt.

Im Gesundheitswesen gehen die Kriegsplaner davon aus, dass 1000 Verletzte pro Tag versorgt werden müssen, davon 33,6 % intensivpflichtig, 22 % stark pflegebedürftig und 44,4 % leichter verletzt. Das geht beim kaputtgesparten Zustand des derzeitigen Gesundheitswesens voll auf Kosten der zivilen Gesundheitsversorgung, die sicher

zusammenbrechen würde. Auch sind die Kriterien einer militärischen Gesundheitsversorgung andere als in der zivilen. Bei der Gesundheitsversorgung nach militärischen Kriterien, geht es darum, möglichst viele Verwundete wieder frontfähig zu machen – also werden die 44,4 % Leichtverletzte zuerst versorgt.

Inzwischen werden die Beschäftigten auf gemeinsame Veranstaltungen von Regierung, Bundeswehr und Unternehmensleitungen darauf vorbereitet.

Im Hochschulbereich erhöht man den Druck, um die sogenannten Zivilklauseln aufzuheben – Selbstverpflichtung von wissenschaftlichen Einrichtungen wie Universitäten, ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen. In den Schulen sollen Bundeswehrkräfte als Teil des Unterrichts werben. Im Straßenbau, bei den Eisenbahnen geht es darum, sie den Kriegsnotwendigkeiten entsprechend (Panzertransporte) umzubauen.

Kriegsvorbereitungen durchziehen alle Bereiche der Gesellschaft

Um Widerstandsbewegungen gegen ihre Kriegspolitik zu unterdrücken, weitet die Regierung Merz die Angriffe auf die demokratischen Grundrechte aus: über die Einschränkungen des Versammlungs- und Demonstrationsrechts, sowie der Meinungsfreiheit und der Gewerkschaftsrechte. Brutale Polizeieinsätze treffen vor allem Demonstranten, die ihre Stimme gegen die Genozid-Politik gegenüber dem palästinensischen Volk erheben.

Über die Verschärfung des Gesetzes zur „Volksverhetzung“ wird staatlicher Willkür und Rechtsmissbrauch Tür und Tor geöffnet. „Spalte und Herrsche“: Besonders eklatant sind Kampagnen gegen Migranten und Asylflüchtlinge, die durch ihre Kriegs- und imperialistische Ausbeutungspolitik zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen wurden. Sie fördern damit Rassismus und Fremdenhass.

Kriegsvorbereitung ist unvereinbar mit allen sozialstaatlichen Errungenschaften.

Im März 2025 wurden vom Deutschen Bundestag unbegrenzte Kriegskredite gegen die Stimmen von der Partei Die Linke und das BSW beschlossen, wenig später schlossen sich die Vertretungen der Bundesländer an – auch die Länder, an denen die Linkspartei an der Regierung beteiligt sind. Es enthielten sich die Länder, in denen das BSW an den Landesregierungen beteiligt ist.

Ausdrücklich hat sich die Regierung für das Aufrüstungsziel von 5 % des BIP ausgesprochen.

Umgesetzt würde das bedeuten, dass fast die Hälfte des Bundeshaushaltes einzig für die Aufrüstung und das Militär zur Verfügung stehen.

Finanziert werden soll das durch ein Kaputtsparg-Programm zum Abbau sozialer Errungenschaften. Alle Bereiche sind betroffen. Ob Schulen, Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Jugendämter, Feuerwehr, Notdienste, Seniorenheime, soziale Einrichtungen, Öffentlicher Personennahverkehr, Kunst und Kultur... Für immer größere Teile der Bevölkerung wird Wohnen unbezahlbar; Armut breitet sich aus, wie auch die Obdachlosigkeit. Die Arbeitslosenzahlen steigen.

Überall fehlt Personal und die notwendigen Investitionen werden nicht geplant oder umgesetzt.

Marode Straßen, zusammenbrechende Brücken, einstürzende Schuldächer unpünktliche Züge, verfallender öffentlicher Nahverkehr, zerstörte Infrastruktur, investiert wird da, wo man es für den Krieg braucht.

All diese Probleme werden sich verschärfen.

Halten wir fest: Die Regierung Merz betreibt nicht nur eine Politik der Hochrüstung, sondern bereitet konkret einen Krieg gegen Russland vor. Sie hat dafür keine Mehrheit in der Bevölkerung.

Halten wir fest: Wir können nicht erfolgreich für soziale Forderungen kämpfen, ohne die Kriegspolitik und Kriegsvorbereitung der Regierung Merz zu bekämpfen.

Halten wir fest: Es sind die Völker, die den kriegstreibenden Regierungen in den Arm fallen müssen – heute.

Auszüge aus Redebeiträgen vom 3. Oktober 2025 in Berlin und Stuttgart

Dr. Margot Käßmann

ehem. EKD-Ratsvorsitzende und Landesbischöfin von Hannover

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

80 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs bewahrheitet sich, was die Schriftstellerin Ingeborg Bachmann gesagt hat: „Die Geschichte lehrt andauernd, doch sie findet keine Schüler.“ Und so erleben wir seit dreieinhalb Jahren fassungslos eine schleichende Militarisierung unserer Gesellschaft.

Bundeskanzler Merz erklärt uns, wir befänden uns nicht im Krieg, aber auch nicht mehr im Frieden. Außenminister Wadephul sagt: „Russland wird immer

Deutschlands Feind bleiben.“ Verteidigungsminister Pistorius will, dass wir „kriegstüchtig“ werden und avanciert damit zum beliebtesten Politiker des Landes. Roderich Kiesewetter will nun gar den Spannungsfall ausrufen. So wird Kriegsangst geschürt und Vorkriegsstimmung erzeugt.

Dagegen sagen wir als Friedensbewegung in der Tradition Wolfgang Borcherts: Nein! Wir brauchen nicht Abschreckung, sondern Entspannungspolitik. Wir brauchen keine Hochrüstung mit hunderten Milliarden Euro für Waffen und gleichzeitiger Kürzung der Sozialleistungen. Stattdessen brauchen wir Abrüstung, Verhandlungen, Diplomatie. Nicht Kriegstüchtigkeit ist unser Ziel. Friedensfähig müssen wir werden!

[...] Wenn ich an diese Kinder denke, an die Kinder in der Ukraine und in Russland, in Israel und Gaza, im Kongo, im Jemen, dann sind doch Milliardeninvestitionen in Rüstung keine Investition in ihre Zukunft! [...]

Zuletzt: Die totgesagte Friedensbewegung ist ziemlich lebendig, das sehen wir heute hier in Stuttgart und auch in Berlin. Wir werden gern diffamiert als Putin-versteher, naiv, wohlstandsverwöhnt, Lumpen- oder Sofapazifisten. Aber wir lassen uns nicht beirren. Mehr und mehr Menschen sind bereit, sich öffentlich dagegen zu wehren, dass Deutschland durch Waffenlieferungen immer mehr zur Kriegspartei wird. Wir wollen, dass unser Land sich stark macht in Diplomatie, um der Menschen willen

Sevim Dagdelen

Publizistin, ehem. MdB und außenpolitische Sprecherin BSW

Liebe Freundinnen und Freunde,
1. wir leben in gefährlichen Zeiten.

Der Verteidigungsminister weiß nicht mehr, ob wir noch im Frieden sind oder schon im Krieg.

Führende Koalitionäre wollen russische Jets abschießen. Und der Kanzler liebäugelt weiter damit, Taurus-Raketen an die Ukraine zu liefern – mit denen Moskau oder St. Petersburg getroffen werden könnten.

Diese Bundesregierung spielt mit dem Feuer – mit einem deutschen Kriegseintritt gegen die Atommacht Russland.

Und dieser Kurs wird flankiert durch eine Welle gezielter Desinformation:

> Die Rakete in Polen – erst hieß es: Russland! Später stellte sich heraus: Es war eine ukrainische Luftabwehrrakete.

> Vor wenigen Wochen in Polen: „Verdächtige Drohnen“ – angeblich russisch. Einige Quellen vermuteten sogar US-Beteiligung bei Manövern. Ergebnis? Kein Nachweis, aber wochenlang Alarmstimmung.

> Zivile Drohnen über Dänemark – sofort wurden russische Kampfdrohnen vermutet. Beweise? Keine.

> Und dann von der Leyens Flugzeug – angeblich von Russland bedroht. Auch das: Fake News!

Lassen wir uns nicht dumm machen, all diese Falschbehauptungen haben eines gemeinsam:

Sie sollen Stimmung machen für Aufrüstung, Konfrontation – und letztlich für den Krieg.

Dieser Wahnsinn muss aufhören.

Wir müssen denen, die leichtfertig unser aller Leben aufs Spiel setzen, in den Arm fallen.

2. Jetzt wollen Politiker wie Kiesewetter sogar den Spannungsfall ausrufen.

Das bedeutet: Grundrechte ausser Kraft setzen.

Ziel: Jeden Protest gegen den Kriegskurs zum Schweigen bringen.

Ein protestfreies Deutschland – das ist ihre Vision.

Doch wir sagen: Nein zum Ausnahmezustand! Nein zur Militarisierung unserer Demokratie!

[...]

Völkerfreundschaft, Frieden, Sozialstaat – das sind die Lehren aus unserer Geschichte.

Und diese Lehren verteidigen wir – gegen eine Regierung, die sie mit Füßen tritt.

Wir wollen keinen Rüstungsstaat – sondern einen Sozialstaat, der diesen Namen verdient.

Wir wollen keinen Krieg mit Russland. Wir wollen Frieden mit Russland.

Für ein friedliches, soziales und neutrales und souveränes Deutschland.

Glück auf!

Andrea Hornung

Bündnis „Nein zur Wehrpflicht“ und SDAJ

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

1914 standen in Berlin am Bahnhof Frauen und Kinder, die den Männern zum Abschied mit weißen Taschentüchern winkten. Sie waren euphorisch und fest davon überzeugt, dass ihre Männer, Väter und Söhne Paris erobern würden, dass sie bald gemeinsam ein besseres

Leben in Frieden und Freiheit führen würden. Zur gleichen Zeit standen auch in Paris am Bahnhof Frauen und Kinder, während die Männer in die Züge einstiegen, um in den Krieg zu ziehen, um Berlin zu erobern. Und auch sie waren voller Hoffnung und Euphorie, für Frieden und Freiheit. Aber stattdessen folgten vier Jahre Krieg, Hunger und Tod. Diejenigen, die an den Gleisen winkten, diejenigen, die in den Krieg zogen, sie waren die Verlierer, ob in Deutschland oder Frank-

reich. Rosa Luxemburg fasste zusammen: „Die Dividenden steigen, die Proletarier fallen.“

Der Aktienkurs von Rheinmetall hat sich in den letzten drei Jahren verzehnfacht und auch die Kurse von Renk & Hensoldt gehen steil aufwärts. Die Dividenden steigen. Der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler gab es schon vor über zehn Jahren offen zu: Mit Aufrüstung und Bundeswehr sollen Handelswege, Absatzmärkte und Profitinteressen

gesichert werden. Es geht um das Lithium der Ukraine, das Öl in Iran, die Unterstützung Israels als wichtigstem Bündnispartner im Nahen Osten und die Vorherrschaft in Osteuropa. Es geht um die NATO-Osterweiterung und den nächsten Griff Deutschlands nach der Weltmacht. Damit die Dividenden weiter steigen. Und dafür müssen die Proletarier fallen.

Denn dafür braucht es den Krieg, vor allem gegen die Konkurrenten Russland und China. Und dafür braucht es das Kanonenfutter.

Das ist der Hintergrund, vor dem die Wehrpflicht – oder besser: Der Kriegsdienst – wieder eingeführt wird. [...]

Im Fall eines Krieges gegen Russland rechnet die NATO mit bis zu 5.000 toten

Soldaten pro Tag. Die Toten, das werden nicht die Kinder und Enkel von Merz sein, es werden nicht die Kinder und Enkel vom Rheinmetall-Chef Papperger sein. Die Reichen und Mächtigen werden das Sterben uns überlassen. Es werden, wie 1914, die Kinder der Arbeiterklasse sein. [...]

Rihm Hamdan

von „Palästina spricht“

Liebe Freund*innen Palästinas,

[...] Save the Children berichtete letzten Monat, dass Israel in fast 23 Monaten Genozid mindestens ein Kind pro Stunde ermordet hat. Die Zahl der getöteten Kinder übersteigt mittlerweile 20.000.

Denkt mal darüber nach: Von 100 Kindern in Gaza wurden 2 getötet, 2 sind vermisst oder gelten als tot, 3 wurden schwer verwundet, 5 wurden zu Waisen oder von ihren Eltern getrennt, 5 brauchen Behandlung wegen akuter Mangelernährung und der Rest lebt unter brutaler Bombardierung.

Unser Schmerz ist größer, als Worte ihn fassen können. Aber unsere Wut ist global und sie ist laut. Wir lassen die

Stimmen unserer Kinder in den Ohren jener widerhallen, die den Genozid in Gaza unterstützen, jener, die blind die israelische Propaganda wiederholen, um die systematische Zerstörung von Spielplätzen, Schulen und Krankenhäusern zu rechtfertigen, die Vergewaltigung von Gefangenen, die Entführung und Folter von Ärzt*innen, die Ermordung von Journalist*innen oder das gezielte Schießen auf hungernde Kinder, die nach Essen suchen.

Wir dürfen niemals die Namen derjenigen vergessen, die die israelischen Gräueltaten in Deutschland gerechtfertigt haben – Annalena Baerbock, Olaf Scholz, Friedrich Merz und viele andere. Schämt euch!

In einer Welt, in der das massenhafte Töten palästinensischer Kinder als „Selbstverteidigung“ gilt, wählen wir den

Widerstand!

In einem Land, in dem eine Palästinenserin nicht einmal die Grenzen ihrer Heimat beschreiben darf, ohne strafrechtlich verfolgt zu werden ... , in einem Land, das der zweitgrößte Waffenexporteur Israels ist, aber verletzten Babys aus Gaza das Visum aus „Sicherheitsgründen“ verweigert, fordern wir: Leistet Widerstand! [...] Unsere Ziele müssen sein: den Genozid zu beenden, das Apartheid-System zu isolieren, gleiche Rechte und das Rückkehrrecht zu fordern. Das ist kein Extremismus, es ist das absolute Minimum an Gerechtigkeit.

Boykottiert Israel – zieht eure Investitionen aus allem, was diesen Staat unterstützt raus und lasst uns dafür sorgen, dass der Apartheidstaat sanktioniert wird! [...]

Lothar Binding

Bundesvorsitzender der AG SPD 60 plus

Liebe Freundinnen und Freunde des Friedens,

es gibt nur eine Lösung: weniger Waffen, mehr Diplomatie. Und Diplomatie führt nicht zu Kriegstüchtigkeit, sondern zu Friedensfähigkeit. [...]

Wir brauchen eine Sicherheitsarchitektur in Europa: Rüstungsbegrenzung, Rüstungskontrolle, vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung, Erneuerung des 2026 auslaufenden New-Start-Vertrags zur Verringerung strategischer Waffen – das sind Ziele, die auf diplomatischen Weg zu finden sind.

Wenn ich sage, der Gaza Krieg ist sofort zu beenden – der Genozid in Gaza ist sofort zu beenden – kommt sofort ein schrecklicher Reflex. Der Reflex heißt: Er unterschlägt den 7. Oktober 2023 und will das, was die Hamas gemacht haben, unterdrücken. Merkt man diesen Reflex? Es geht dabei nicht um Empathie für Menschen, für das Leiden auf beiden Sei-

ten, sondern es geht darum, eine gewisse Kritik sofort abzuwehren und abzuwerten.

Diese Art des Dialogs machen wir nicht mit. Es stimmt: 1.200 Israelis wurden umgebracht, es wurden 249 Geiseln genommen – aber inzwischen sind über 60.000 Tote in Gaza zu beklagen, viele Kinder; wir sehen Totalzerstörung, Kriegseinsatz mit Hunger als strategische Mittel.

Und wir merken: es ist eine zweite Nakba (Katastrophe, Vertreibung) unterwegs und auch deshalb ist auch Genozid aus meiner Sicht der richtige Begriff, auch wenn er gelegentlichen formaljuristisch bestritten wird. Das Ergebnis ist genau das und manche israelischen Regierungsmitglieder machen daraus auch keinen Hehl.

Also fordern wir: keine Waffen für Netanjahu, keine Waffen für Smotrich und Gvir, keine Waffen für die israelische Regierung. Stattdessen: Unterstützung der Friedensbewegung in Israel.

[...] Jetzt haben wir ja gehört, dass auch Kanzler Merz gemerkt hat, dass diese Rüstungsausgaben Folgen haben. Diese Folgen hat er beschrieben, in dem er die

Frage gestellt hat, ob wir uns den „Sozialstaat, so wie wir ihn heute haben, mit dem, was wir volkswirtschaftlich erarbeiten“, noch leisten können. Von Kosten für die Kriegstüchtigkeit kein Wort. [...]

Nun will ich sagen, was wir uns tatsächlich nicht mehr leisten können:

Wir können uns keine Manager mehr leisten, die täglich 10, 20 oder 30 Tausend Euro für sich nehmen, wir können uns keine Milliardärerben leisten, die keine Erbschaftsteuer bezahlen [...] wir können uns kein Privatvermögen von etwa 15 Billionen Euro leisten [...].

[...] Wie kann man bei all der Erkenntnis, wo die vielen Milliarden aus dem Bruttoinlandsprodukt am Gemeinwohl vorbei versickern, ausgerechnet auf die Idee kommen, bei den 563 Euro Bürgergeld pro Monat oder den häufig mageren Renten zu kürzen?

Und warum kommt der Kanzler nicht auf die Idee, dass Diplomatie preiswerter und sicherer ist als der Rüstungswahnsinn?

Wir sehen, warum unsere Zukunft die Friedensbewegung braucht.

Gewerkschaftliche Friedensgruppen- und Aktivitäten

von Anne Rieger

Wir werden Hochrüstung und Kriegsgefahr nur stoppen, wenn die Friedensbewegung mit den Gewerkschaften, auch der Klimabewegung, den Kirchen, den Sozialverbänden, Kultur- und Wissenschaftler Initiativen sich in dieser Frage zusammen tun und gemeinsam kämpfen. Zentral jedoch sind die Gewerkschaften, für den Widerstand gegen die Kriegspolitik, weil dort die organisierte Arbeiterbewegung bereits auf andere Kampfverfahren - auch siegreiche - gegen die Herrschenden zurückgreifen kann. Deswegen ist es eine wichtige Aufgabe der Friedensbewegung, den Kontakt zu bereits bestehenden gewerkschaftlichen Friedensarbeitskreisen zu intensivieren, sie zu stärken und auszuweiten. Ziel ist es, noch mehr gewerkschaftlich getragenen Friedenswiderstand in den Einzelgewerkschaften und den DGB-Kreisen zu etablieren, um mittelfristig eine wirksamere Zusammenarbeit gegen Aufrüstung und Militarisierung und für den Frieden zu führen.

Es gibt eindrucksvolle Beschlüsse zu Frieden und gegen weitere Aufrüstung von Gewerkschaftskonferenzen aller Ebenen. Trotzdem können wir nicht daran vorbei sehen, dass es zu wenige sind und sie unzureichend in die Tat umgesetzt werden.

Gute Anknüpfungspunkte dazu sind die bereits existierenden gewerkschaftlichen Friedensinitiativen und auch noch vereinzelte gewerkschaftliche oder betriebliche Friedensaktivist:innen und Friedensaktivitäten in den verschiedenen Gewerkschaften.

Beschlüsse und Resolutionen

Die Zusammenstellung „Friedenspolitische Gewerkschaftsbeschlüsse“ fand auf der **Gewerkschaftskonferenz für den Frieden** im Juli 2025 in Salzgitter großen Anklang. Auf 28 Seiten sind hier die aktuellen gewerkschaftlichen Beschlüsse gegen Wehrpflicht, Aufrüstung und Unterstützung des Krieges in Gaza, gegen die Stationierung von US-Mittelstreckentraketen in Deutschland sowie grundsätzliche friedenspolitische Beschlüsse aus den DGB-Gewerkschaften zusam-

mengestellt.^[1] Neben grundsätzlichen Beschlüssen finden sich In dieser Zusammenstellung zahlreiche Resolutionen gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht, die Ablehnung von Aufrüstung und „Sondervermögen“, gegen den Krieg in Palästina und gegen die Stationierung von US-Raketen in Deutschland.

Eine klare Position hat der Konzernbetriebsrat von Porsche. Ein Sprecher erklärte, dass der Einstieg von Porsche in die Kriegswaffen-Produktion aus Sicht der Beschäftigten keine Option sei. Das habe nicht nur unternehmensstrategische und technologische Gründe, sondern nicht zuletzt auch ethische vor dem Hintergrund der Unternehmensgeschichte des Volkswagen-Konzerns.^[2]

Der Bundesjugendausschuss des DGB verfasste am 16.9.2025 den Beschluss: „Wehrpflicht und andere Pflichtdienste verhindern“.^[10] Darin heißt es:

Die DGB-Jugend bleibt antimilitaristisch. Wir setzen uns gegen jede Militarisierung unserer Gesellschaft ein. Unser Handeln steht im Geiste der Friedensbewegung unter dem Motto „Nie wieder Krieg!“ Krieg und die Vorstellung davon dürfen nicht normalisiert werden. Frieden ist bleibt das Ziel gewerkschaftlicher Politik und muss das Ziel des Staates sein.[...] Es besteht die reale Gefahr, dass verpflichtende Ersatzdienste zur Umgehung struktureller Probleme im Sozial- und Pflegebereich genutzt werden. Das unterwandert bestehendes Fachpersonal und darf nicht für die Beschaffung billiger Arbeitskräfte missbraucht werden.

Arbeitskreise

Beispielhaft können hier genannt werden mit Selbstdarstellungen:

AK Internationalismus der IG Metall Berlin^{[4]:}

Fotos: Peter Wahl



Der AK ist aus der Arbeit der IG Metall-Jugend hervorgegangen. Traditioneller und nach wie vor prägender Schwerpunkt unserer Arbeit ist der Aufbau von solidarischen Beziehungen zwischen gewerkschaftlichen und anderen sozialen Bewegungen jenseits von standortpolitischen Ideologien.

ver.di Arbeitskreis Frieden Hamburg^[5]

Wir treffen uns als ver.di-Mitglieder, die aktiv an einer Gesellschaft ohne Kriege mitwirken möchten. Für uns darf das Engagement für ein friedliches Zusammenleben nicht am Werkstor, am Bürohauseingang oder an der Landesgrenze enden.

Unsere Treffen sind offen für alle Interessierten.

*Wir bündeln unsere Arbeit auch mit den Kolleg*innen unserer Schwestergewerkschaften im Arbeitskreis Demokratie und Frieden beim DGB.*

ver.di Friedensarbeitskreis Stuttgart^[6]

„Kriegstüchtig“? – Nein, friedensfähig!

Das ist das Motto des neugegründeten ver.di-Friedensarbeitskreises. Den letzten Anstoß dazu hat die Gewerkschaftliche Friedenskonferenz gegeben, die unser ver.di-Bezirk gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Juni veranstaltet hat.

AG Frieden in der GEW Berlin^[7]

Die AG Frieden existiert in der GEW BERLIN seit den 1980er Jahren. Sie ist offen für alle interessierten GEW-Mitglieder.

Bei unseren monatlichen Treffen (in der Regel jeden zweiten Mittwoch im Monat) analysieren wir die aktuelle friedenspoli-

tische Lage, diskutieren unsere Haltung dazu und planen die Teilnahme an Aktionen der Friedensbewegung.

Ausschuss Friedensbildung im GEW Landesverband Hamburg^[8]

Der Ausschuss für Friedensbildung arbeitet an Projekten, die sich auf die Friedensbildung und die Friedensbewegung beziehen.

Weitere aktive Arbeitskreise sind:

AK Frieden Ver.di Bezirk Kiel-Plön
ver.di-Friedensgruppe "Frieden jetzt!" in Bielefeld

Ver.di-nahe Gruppe "Soziales rauf, Rüstung runter" in München

GEW Peacenet: Austausch über wichtigen Infos aus fast allen Bundesländern

Junge GEW NRW und Landesschüler*innenvertretung NRW (Kongress "GegenWehr – Kongress gegen die Militarisierung der Schulen" gemeinsam mit dem Bündnis „Schule ohne Bundeswehr NRW“)

DGB Gesprächskreis „Gewerkschaften für den Frieden“ in Bremen

Gewerkschaftliche Initiative für aktive Friedenspolitik und Militär- und Rüstungskonversion in Niedersachsen, gegründet u.a. von DGB-Kreisvorsitzende und ver.di-Funktionäre aus Nienburg (Werner Behrens), Celle (Paul Stern) und Heidekreis (Charly Braun)

Weitere Friedensarbeitskreise mit aktiven Gewerkschaftern gibt es in Hessen in Marburg, Gießen und dem Vogelsbergkreis.

Aktivitäten und Aktionen

Die Geschäftsstelle der IG Metall Würzburg berichtete auf ihrer Homepage über die Friedensdemo am 3.10.25 wie folgt:

Am 3. Oktober 2025 fuhrten Kolleginnen und Kollegen aus Unterfranken nach Stuttgart, um an der Friedensdemonstration teilzunehmen. [...]

Vor Ort tauschten sich die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus der Region Würzburg über Friedens- und Sozialpolitik aus und zeigten Solidarität.

[...] Für den ersten Bevollmächtigten der IG Metall Würzburg, Norbert Zirnsak, ist die Teilnahme an der Stuttgarter Friedensdemonstration ein deutliches Signal: „Wer aufsteht für Frieden, sozia-

le Gerechtigkeit und Solidarität, zeigt mit seinem Engagement dass diese Grundsätze nicht nur Worte auf Papier sind. Die Zahl der Menschen, die an diesem Tag auf die Straße gingen, macht deutlich: Stimmen für den Frieden werden wieder sichtbarer, – es lohnt sich, sich dafür einzusetzen.“^[3]

In der umfangreichen Unterstützerliste von fast 500 Organisationen und Initiativen zu den Friedensdemos am 3.10.25 finden sich auch zahlreiche gewerkschaftliche Strukturen. Nachfolgend eine Auflistung.

AGBSW – Arbeit und Gewerkschaft beim BSW | AK für unabhängige Arbeitnehmerpolitik | AK Internationalismus – MetallerInnen Berlin | DGB KV Esslingen-Göppingen | DGB KV Karlsruhe-Land | DGB SV Freiburg | DGB OV Oer-Ramstadt | Forum Gewerkschaften Kassel | Forum Gewerkschaftliche Linke Berlin | GEW München | Gewerkschaftliche Basisinitiative Sagt NEIN | Initiative Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg | Offensive Metaller bei Mercedes Stuttgart Untertürkheim | ver.di Bezirk Baden-Württemberg | ver.di Bezirk München | ver.di Jugend Baden-Württemberg | ver.di OV Freiburg | ver.di OV Northeim | ver.di OV Saar-Blies | ver.di-Bezirk Stuttgart | ver.di-Friedensgruppe „Frieden jetzt!“ im Bezirk ver.di OWL | ver.di-Linke NRW | Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften / VKG

Den Aufruf „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg! Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!“^[9] haben 7500 Gewerkschafter:innen und Gewerkschaftsfreund:innen, mehrere Landesverbände verschiedener Gewerkschaften, Ortsverbände und Senior:innengruppen unterschrieben. Zu nennen sind darüber hinaus Friedenskonferenzen mit der IG Metall in Hanau (2024) und Salzgitter sowie in Stuttgart mit ver.di.

Bei dem bundesweiten Friedensratschlag in Kassel am 8. und 9. November stehen – wie bereits in den Vorjahren – auch diesmal wieder gewerkschaftliche Beiträge, Positionen und Optionen für Vernetzungen im Fokus.

Kontaktdaten bzw. Web-Adressen in der Online-Fassung dieser Ausgabe

Hans-Jürgen Urban, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, am 1. Mai 2024:

"Wenn politische Konfliktlösungsmechanismen diskreditiert werden; und wenn der Rüstungsstaat frisst, was der Sozialstaat für die sozial-ökologische Transformation braucht, dann ist das gewiss kein Weg in eine solidarische und friedliche Zukunft. Nicht bei uns und nicht in der Welt! Wir müssen was tun – eine globale Bewegung der Solidarität".



Hegemonie oder Untergang

Die letzte Krise des Westens?



Rainer Mausfeld hat in mehreren Büchern analysiert, wie sich der Neoliberalismus in den letzten Jahrzehnten seine Hegemonie mit Mechanismen der kognitiven Manipulation durchgesetzt hat. In seinem neuen Buch spannt er den Bogen über mehr als 500 Jahre globaler Ausbeutung und Vernichtungskriege.

Rainer Mausfeld gilt seit vielen Jahren als brillanter Analytiker der Mechanismen der Manipulation des Massenbewusstseins. Dies zeigt sich in seinen zahlreichen Vorträgen, von denen einige als Videoaufzeichnungen im Netz dokumentiert sind, sowie in seinen Publikationen. Dies schlägt sich auch in seinen Buchtiteln nieder. „Warum schweigen die Lämmer? – Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen zerstören“ (2018) und „Angst und Macht – Herrschaftstechniken der Angsterzeugung in kapitalistischen Demokratien“ (2019)

Ging es in diesen und weiteren Büchern vor allem um die psychologischen Mechanismen der Meinungsmanipulation, so ist sein neuestes Buch – das im August abgeschlossen wurde und zur Frankfurter Buchmesse erscheint – vor allem eine Analyse der aktuellen geopolitischen Entwicklungen. Dabei wird aufgezeigt, warum bei der aktuellen Krise des Westens alle Register der Meinungsmanipulation gezogen werden. Dazu gehört, dass wesentliche Teile der

Kognitive Kriegsführung und 500 Jahre Geopolitik

Rainer Mausfeld: „Hegemonie oder Untergang – Die letzte Krise des Westens?“, Westend-Verlag, Oktober 2025, 216 Seiten, € 24,00

imperialen Ausbeutung, kriegsrischen Eroberungen und Völkermorde, die von Europa aus über mehr als 500 Jahre hinweg begangen wurden, in der öffentlichen Wahrnehmung ausgeblendet und unsichtbar gemacht werden. Vereinfacht formuliert: In diesem Buch geht es weniger um das „Wie“ der Meinungsmanipulation als um das „Warum“.

Die größte Kraft des Guten: Glaube daran ist unerschütterlich

Mausfeld nennt einige wenige, aber dafür sehr prägnante Beispiele. In dem betrachteten Zeitrahmen war dieses zunächst der bis Mitte des 16. Jahrhunderts erfolgte Völkermord an der indigenen Bevölkerung Amerikas. Die Kolonialgeschichte liefere weitere Beispiele brutalster Gewalt gegen die Zivilbevölkerungen von Ländern, die vom Westen als Feinde angesehen wurden.

Besonders gravierend war auch die britische Kolonialherrschaft in Indien, wozu Mausfeld auf eine Quelle verweist, nach der allein im Zeitraum von 1891 bis 1920 etwas 50 bis 100 Millionen zusätzliche Todesfälle zu verzeichnen waren. Weitere Beispiele folgen bei Mausfeld mit dem Fazit:

„Das systematische Erzeugen von Hungersnöten und Hungerkatastrophen stellt für den Westen seit seiner Entstehung ein wesentliches Element seiner geopolitischen Machtausübung dar“.

Um diese Verbrechen unsichtbar zu machen, sind darüber hinaus auch Umschreibungen der Geschichte notwendig, was Mausfeld an einem einfachen Beispiel aufzeigt. Dass die Sowjetunion die Hauptlast bei der Niederringung des deutschen Faschismus zu tragen hatte, wurde bereits 2020 in einer Erklärung von EU-Kommission, Europäischen Rat und dem Präsidenten des EU-Parlamentes zum 75. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz-Birkenau unterschlagen, indem nur von den „Alliierten“ gespro-

chen wurde, obwohl es sehr spezifisch und ausschließlich Soldaten der Roten Armee waren, die „das schrecklichste Verbrechen in der europäischen Geschichte“ beendeten.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Ausbeutung von Ressourcen und Vernichtungskriege fortgeführt, die Mausfeld kurz auflistet. Mit den relativ wenigen Fakten – die aber im westlichen Denken eher als irrelevant angesehen werden – geht es ihm um eine Orientierung über die materiellen Grundlagen unserer Lebensform. Es spiele deshalb auch keine Rolle, dass von „Israel vor den Augen der Welt systematisch eine Hungerkatastrophe in Gaza erzeugt“ worden sei. Die eigene Überzeugung, dass man die größte Kraft des Guten in der Welt sei, könne durch keinerlei Fakten erschüttert werden.

Dennoch würden die Methoden organisierter Gewalt trotz moralisch beschönigender Rhetorik auch für die Bevölkerungen des Westens immer klarer sichtbar, wenngleich weniger als „Charakter des gigantischen und über viele Jahrhunderte errichteten ideologischen Gewölbes zur Verschleierung der organisierten Gewalt des Westens.“

Als besonders folgeschweres Beispiel betrachtet Mausfeld den von der NATO provozierten russischen Angriff auf die Ukraine. Dieser sei „in allen großen Medien durch rigorose Ausblendung seiner Vorgeschichte kontrafaktisch mit dem Attribut »unprovokiert« versehen“ worden. Diese bisher militärisch und wirtschaftlich erreichbaren Ziele seien jedoch gescheitert. In der Ukraine gehe es deshalb um alles:

„Der Westen hat militärisch, ökonomisch und ideologisch in diesen Konflikt in einem solchen Maße überinvestiert, dass er ein Scheitern kaum überstehen wird.“

Mausfelds Fazit

Dass der Westen jedoch traditionell wenig fähig und willens zu diplomati-

schen Lösungen sei und darüber hinaus auch vertragsbrüchig sei, habe sich beispielhaft am Minsk II-Abkommen gezeigt. Deshalb sei eine weitere Eskalation angesagt, wie die mit westlicher Unterstützung erfolgten Angriffe auf die nukleare Sicherheitsstruktur Russlands (Radarstationen des strategischen Frühwarnsystems Russlands im Mai 2025 und „Operation Siderweb“ am 1.6.2025 gegen nukleare Langstreckenbomber).

In einem eigenen Abschnitt beschäftigt sich Mausfeld mit dem Krieg gegen den Iran. Dieser sei sowohl ein Haupthindernis für das von Netanyahu offen deklarierte Projekt eines Großisraels wie auch den strategischen Absichten der USA zur Zerlegung von Nationalstaaten in regionale Ethnien, die leicht unter ihrer alleinigen Kontrolle zu stellen seien.

Die von den USA und Israel durchgeführten Bombardierungen der zivilen Atomanlage des Iran bezeuge erneut, dass der Westen nicht einmal mehr versuche, seiner Anwendung organisierter Gewalt den Anschein rechtlicher Legalität oder moralischer Begründbarkeit zu verleihen. Auch daraus ergibt sich für Mausfeld:

„Der Dritte Weltkrieg hat längst begonnen. Auch wenn er sich oberflächlich betrachtet erst schleichend zu entwickeln scheint. Er wird zugleich mit ökonomischen, mit militärischen Mitteln und mit geheimdienstlichen hybriden Operationen innerhalb anderer souveräner Staaten geführt. Noch steht die ökonomische Kriegsführung durch Sanktionen und erpresste Handelsverträge im Vordergrund. Noch beschränkt sich die militärische Kriegsführung auf brutale Stellvertreterkriege.“

Mausfeld verweist auf die psychischen Verwerfungen der neoliberalen Ideologie, die er bereits in früheren Büchern behandelt hat, und auf die Erzeugung von Individuen bzw. die soziale Atomisierung. Diese seien viel gravierender als die Prägungen früherer Entwicklungsstufen des Kapitalismus. Somit sei eine kollektive Organisation für einen politisch wirksamen Widerstand gegen illegitime Machtverhältnisse nicht möglich. Für die Verhältnisse, unter denen wir leben, verwendet Mausfeld den Begriff „Pseudorealität“, den er an zahlreichen Stellen des Buches zugrunde legt. Anders als Scheinwelten, die man rational erfassen und aufdecken

könne, umschreibt er damit „auch aus Affekten stammende bloße Phantasieproduktionen, deren durch eine Konfrontation mit der Realität herbeigeführter Einsturz das gesamte psychische Gefüge zusammenbrechen lassen würde“.

Die letztlich von Mausfeld aufgeworfene Frage „Hat das emanzipatorische Projekt einer Zivilisierung von Gewalt heute noch eine Chance?“ beantwortet er trotz der extrem schwierigen Umstände optimistisch. In seinem Fazit schreibt er:

„Die großen emanzipatorischen Fortschritte, die trotz vielfacher Rückschläge in langen und mühevollen sozialen Kämpfen errungen wurden und tagtäglich in aller Welt errungen werden, sollten uns diese Anstrengungen als lohnend erscheinen lassen.“

Wir profitieren heute von dem Mut, der Entschlossenheit und der Kraft derjenigen, die diese Kämpfe mit besonderem überpersönlichen Einsatz geführt haben. Oftmals gegen den Widerstand und die politische Apathie eines Großteils der Bevölkerung. [...] Denn Geschichte wird von Menschen gemacht.“

Karl-Heinz Peil



In der Einleitung des von ihr herausgegebenen Bandes notiert Ulrike Eifler, dass damit »in einer Zeit wachsender Kriegsgefahren ein Beitrag zur gewerkschaftlichen Strategiebildung« geleistet werden soll. [...] Nicht nur der Rückblick in die Geschichte, auch ein wacher Blick auf die Gegenwart zeigt: Kriegsvorbereitungen und vor allem der Krieg selbst gehen stets mit

Sammelband erschienen im Oktober 2025 mit Beiträgen von:

Ingar Soltz: Friedensaktivist Rheinmetall

Dierk Hirschel: Kanonen oder Butter?

Ralf Krämer: Hochrüstung ruiniert Sozialstaat und Zukunft

Sidar Carman: Kriegstüchtigkeit statt Öffentliche Dienste

Armin Duttime: Tarifpolitik in der Zeitenwende – Beispiel: öffentlicher Dienst

Mark Ellmann: „Augen gerade aus“ – Zeitenwende in Schule und Hochschule, Staat und Gesellschaft

Annebirth Steinmann / Bernhard Winter / Karen Spannenkrebs / Nadja

Rakowitz: Militarisierung des Gesundheitswesens und ihre Folgen

Ulf Immelt: Aufrüstung und Kriegswirtschaft – ein lukratives Geschäftsmodell

Heinz Bierbaum: Mit Rüstung aus der Krise?

Anne Rieger: Rüstungskonversion: Zivile Produkte statt Mord(s)waffen

Hans Schenk: Rüstungsaufträge – Betriebsräte in der Zwickmühle

Andreas Engelmann: Die Sicherstellung der Arbeitsleistung für den Krieg

Norbert Zirnsak: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus -

Gewerkschaftliche Friedensarbeit im Geist von Georg Benz

Ulrike Eifler: Gewerkschaften in der Zeitenwende – eine Frage des politischen Mandats

enormen Angriffen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen einher. Dazu gehören der Abbau von existenziellen Sicherheiten, der Angriff auf soziale Sicherheiten, insbesondere für diejenigen, die am meisten darauf angewiesen sind, und ein massiver Eingriff in Arbeits- und Gewerkschaftsrechte. [...] Der Krieg wird als

Ausweg aus der wirtschaftlichen Krisenspirale und dem Kampf um die Weltmacht ernsthaft in Erwägung gezogen und aktiv vorbereitet. Der Aufbau einer gewerkschaftlich verankerten Friedensbewegung als einzigem Bollwerk gegen die organisierte Fahrlässigkeit des herrschenden Blocks bleibt also ohne Alternative.« (aus dem Verlagsinfo)

IMI-Kongress in Tübingen: am 15. und 16.11.2025: **Militärrepublik? Verweigern!**

Veranstaltungsort: Aula Uhlandstr. 30
in Tübingen

Infos zum Programm:
www.imi-online.de

Aus dem Veranstaltungsflyer:
„**Mach was wirklich zählt!**“: Für keinen anderen Beruf wirbt die Bundesregierung so intensiv und offensiv, wie für das Soldatentum. Mit der Grundgesetzänderung vom März haben die Kriegsvorbereitungen eine herausragende Stellung in der Verfassung der Bundesrepublik eingenommen – kein anderer Bereich wird **unbegrenzt von der Schuldenbremse ausgenommen**. Während künftig fast die Hälfte des Bundeshaushaltes für die Aufrüstung ausgegeben werden soll, wird endgültig

die Axt am Sozialstaat angelegt, der ebenso wie Umwelt- und Klimaschutz nicht mehr finanzierbar sei. Auch im öffentlichen Diskurs nimmt die Kriegstüchtigkeit eine zentrale Position ein – alles andere scheint ihr untergeordnet. Wo Kritik geäußert wird, **hört für viele offenbar auch die Meinungs- und Versammlungsfreiheit auf** – Repression wird zum Mittel, mit dem der Kurs der Aufrüstung und ihre Begleitscheinungen „verteidigt“ werden.

Dem **Umbau Deutschlands zur Militärrepublik muss aber begegnet werden:** Wir wollen Wege ausloten, diesen Prozess aufzuhalten, uns der Aufrüstung und Rekrutierung für den Krieg zu verweigern.

Themen u.a.:

Kriegsbudget: Rüstung und Sozialabbau

Kriegswirtschaft: Neues Industriemo-

dell?

Kriegsgesellschaft: Operationsplan Deutschland

Krieg & Recht: Justiz und Öffentlichkeit einer Militärrepublik

Kriegsdienst: Wehrpflicht & Rekrutierung

Kriegstüchtigkeit: Widerworte



Vorschau auf die nächste Ausgabe des Friedensjournals: Berichte und Einzelbeiträge vom bundesweiten Friedensratschlag am 8. und 9.11.25.

KoPI-Konferenz in Frankfurt am 5. und 6.12.2025:

Deutschlands Verantwortung für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel

- Welche Rolle hat Deutschland bisher in dem Konflikt gespielt?
- Wie kann Deutschland zu einem gerechten Frieden beitragen?

Veranstaltungsort:

Medico International, Lindleystraße
15, 60314 Frankfurt/Main

Infos zum Programm: www.kopi-online.de

Anmeldung über www.ippnw.de

Beiträge u.a. von

Francesca Albanese, (Sonderberichterstatterin der UN für die von Israel besetzten Gebiete)

Ninon Colneric (ehem. Richterin am Europäischen Gerichtshof)

Weitere Themen u.a.:

Welche Erfahrungen haben pro-palästinensische Gruppen in Deutschland gemacht? Welche Rolle sollte Deutschland im Friedensprozess einnehmen?" Vortrag: Raif Hussein (ehemaliger Präsident der DPG)

Welche Erfahrungen haben friedensorientierte jüdische Gruppen in Deutschland gemacht? Welche Rolle sollte Deutschland im Friedensprozess einnehmen?

Vortrag: Wieland Hoban (Vorstand Jüdische Stimme)

Seite 2: Banksy-Bild:

<https://rtnewsde.pro/europa/255523-pro-palaestina-werk-street-art/>

sowie in Instagram-Postings

Leben in den Trümmern von Gaza

Seite 3 bis 5

<https://globalbridge.ch/die-rechte-der-palaestinenser-in-den-haag-und-real-ihr-leben-in-den-truemmern-von-gaza/>
(27.10.25)

Foto:

https://de.wikipedia.org/wiki/Krieg_in_Israel_und_Gaza_seit_2023#/media/

Datei: [Forced Displacement of Gaza Strip Residents During the Gaza-Israel War 23-25.jpg](#)

Folgen der Hochrüstung

Seite 6 und 7

Quelle

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/10165>
(22.10.25)

Fußnoten

[1] S. dazu [Der Kampf um Nexperia](#).

[2] S. dazu [Wirtschaftsmacht im Abstieg](#).

[3] S. dazu [Wohin ein solcher Wahnsinn führt](#).

[4] Rüstung ohne Rendite: Warum der wirtschaftliche Effekt ausbleibt. uni-mannheim.de 30.06.2025.

[5] Stephan Lorz: Rüstungsausgaben als Technologiebooster der Wirtschaft. boersen-zeitung.de 14.10.2025.

[6] Claude Serfati: Union européenne : Des dividendes de la guerre... mais pour qui ? Chronique internationale de l'IRES. No. 190. Juin 2025.

[7], [8], [9] S. dazu « [Des ponctions sur les richesses](#) ».

Zusatzbeitrag

Interview mit Ulrike Eifler:

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/10176>

Fact Sheet: Deutsche Aufrüstung

Seite 8

Quellen

Alexander Neu: Vom Sozialstaat zum Rüstungsstaat
<https://www.nachdenkenseiten.de/?p=139460> (24.9.25)

Florian Rötzer: Nato oder Russland: Wer bedroht wen?
<https://overton-magazin.de/top-story/nato-oder-russland-wer-bedroht-wen/> (22.9.25)

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/150888/umfrage/militaerausgaben-von-russland-seit-2000/>

Interview mit Reiner Braun und Michael Müller

Seite 9 bis 11

Die Online-Fassung ist hinter einer Bezahlschranke der BZ, aber auch hier abrufbar:

<https://friedensschaffen.net/2025/10/bz-interview/>

„Keinen Cent, keine Waffe, kein Leben für den Krieg“

Seite 12 und 13

Quelle

<https://gegendenkrieg-gegendsocialenkrieg.info/2025/10/06/beitrag-fur-die-internationale-konferenz-gegen-den-krieg-am-4-5-10-2025-in-paris-aus-deutschland/>

siehe auch:

<https://gegendenkrieg-gegendsocialenkrieg.info/2025/10/16/internationale-konferenz-gegen-den-krieg-in-paris-am-4-5-oktober-2025-beitrage/>

Auszüge aus Redebeiträgen am 3.10.25

Seite 14 und 15

Übersichten / Zusammenstellungen

https://friedensvernetzung-suedwest.de/stuttgart-3-oktober-eindruecke-und-medien-echo/#Redebeitraege_Texte

<https://friedensdemo0310.org/berlin/>

<https://friedensdemo0310.org/stuttgart/>

Gewerkschaftliche Friedensgruppen- und Aktivitäten

Seite 16 und 17

Fußnoten

[1] <https://www.unsere-zeit.de/uebersicht-ueber-friedensbeschluesse-4805433/>

[2] <https://www.telepolis.de/features/Belegschaft-rebelliert-Porsche-Mitarbeiter-wollen-keine-Waffen-bauen-10625720.html>

[3] <https://wuerzburg.igmetall.de/wuerzburger-gewerkschafter-auf-der-friedensdemonstration-in-stuttgart/>

[4] <https://www.igmetall-berlin.de/gruppen/ak-internationalismus/ueber-uns>

[5] <https://hamburg.verdi.de/gruppen/arbeitskreis-frieden>

[6]

<https://stuttgart.verdi.de/personengruppen/friedensarbeitskreis>

[7] <https://www.gew-berlin.de/arbeitsgruppen/ag-friedenserziehung-und-friedenspolitik>

[8] <https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/arbeitsgruppen/ausschuss-fuer-friedensbildung>

[9] <https://gewerkschaften-gegen-aufruestung.de/>

[10] <https://jugend.dgb.de/ueber-uns/wer-wir-sind/dgb-jugend/bundesjugendausschuss/unsere-beschluesse/++co++cc158420-93b7-11f0-a806-9712adb3c1dd>

Buchbesprechung

Seite 18 und 19

Erstveröffentlichung der Buchbesprechung:

<https://overton-magazin.de/buchempfehlungen/kognitive-kriegsfuehrung-und-500-jahre-geopolitik/> (10.10.25)

siehe auch Verlagsinfo:

<https://westendverlag.de/Hegemonie-oder-Untergang/2327>

Zusatzinfo: Gewerkschaften in der Zeitenwende

<https://www.vsa-verlag.de/nc/buecher/detail/artikel/gewerkschaften-in-der-zeitenwende/>